

Er scheint
an allen Wochentagen.
Bezugspreis
vom 1. August 1921 an
monatlich M.
in der Geschäftsstelle 75.—
in den Ausgabestellen 77.50
durch Zeitungsverkäufer 80.—
durch die Post 80.—
Fernsprecher: 4246, 2273.
3110, 3249.

Posener Tageblatt

Anzeigenpreis:
f. d. Grundschriftzeile im
Anzeigenteil innerhalb
Polens 15.— M.
im Restland 40.— M.
für Anträge aus
Deutschland 3.50 M.
im Restland 10.— M.
in deutscher Schrift.

Telegrammadresse:
Tageblatt Poznań.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Postfachkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau; für Polen: Czekowe Konto P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań.

Das hungernde Rußland.

Warschau, 6. August. Ein Moskauer Funkspruch meldet: Im Gouvernement Astrachan ist überhaupt kein Brot mehr zu haben. Bisher näherten sich die Einwohner von Jischen. Bis zum 12. Juli erhielten sie ein Drittel bis dreiviertel Pfund Brot pro Person. Die Not nimmt mit jedem Tage zu. Eine Hilfe von auswärts ist unbedingt erforderlich.

Im Gouvernement Saratow hat es bis zu den letzten Tagen des Juli noch nicht geregnet. Alle Saaten sind vernichtet, und die Einwohner sind in einer ausichtslosen Lage. Scharen von Frauen und Kindern wandern in die Städte und geben bettelnd von Haus zu Haus. Die Arbeiter verlassen die Arbeitsstätten und gehen Brot suchen.

Im Gouvernement Saratow wird die Ernte höchstens 10 Rnd pro Dekjatinen betragen. Die Bewohner der Flecken und das städtische Proletariat flüchten. Die Stadt Saratow ist in ein Lager abgekehrter, verhungender Menschen verwandelt. Die Bauern nähren sich schon seit dem Frühling von verschiedenen Wurzeln, zerstoßenen Knochen und anderen Surrogaten. Viele Bauernhöfe sind gänzlich verlassen; die Bauern verkaufen ihre Säuer und ihr Werkzeug für lächerliche Preise. Das Los der städtischen Arbeiter ist nicht besser.

In den deutschen Kolonien sind 70 v. H. der Saat vollständig vernichtet. An einigen Orten von 5000 Einwohnern sind über 4000 an Hungergeschwulst erkrankt; täglich sterben gegen 80 Personen. Es werden sogar Ratten und gefallenes Vieh verzehrt. In einem Gebiet sind von 99 000 Einwohnern bis zum 10. Juli 4200 dem Hunger erlegen. Scharen von Flüchtlingen wandern nach Sibirien, Turkestan und dem nördlichen Kaukasus. In Moskau traf eine Schar deutscher Kolonialisten ein, die nach der deutschen Grenze wandern.

Im Gouvernement Ufa begann der Hunger bereits im März. Die Bevölkerung ist Gras und verschiedene Wurzeln. An Orten, wo noch Getreide gewachsen ist, wird es nicht gedroschen, sondern mit Samen den Ähren verstreut.

Im Gouvernement Orenburg gibt es sogar kein Gras, und das Vieh kommt um.

Im Gouvernement Wjatka ergibt die Ernte nicht einmal Saatforn. Das Vieh und alles Inventar wird ausverkauft, um nur Brot zu erhalten. Seit dem März nähren sich die Einwohner von Lindenbast. Die Sterblichkeit hat um 20 v. H. zugenommen.

In der Kaschiren-Republik nähren sich die Leute von Wurzeln. Einige Orte sind gänzlich verlassen. In den Städten fordert der Hunger unzählige Opfer.

Riga, 5. August. (P.T.) Die Sowjetregierung hat Verordnungen erlassen, um den Zug der hungernden Bevölkerung nach Moskau aufzuhalten. Die hungernden Massen sind schon nach Kasan gelangt. Trotz ist nach Tombov gefahren, wo er als Diktator eine Armee gegen die Flüchtlinge organisiert.

Riga, 5. August. (P.T.) Das Münzamt in Petersburg hat die Prägung von Silbermünzen begonnen. Die Münze trägt täglich bis 60 000 Rubel.

Eine Brennstoffkatastrophe in Rußland.

Moskau, 6. August. Der allrussische Vollzugsausschuß verurteilt folgenden Aufruf: Die Sowjetrepublik steht auf Grund der eingelangten Daten vor einer Brennstoffkrise schwerster Art, die durch Vernichtung der Eisenbahnen den völligen Zusammenbruch der Wirtschaft herbeiführen könnte. Die Ursache liegt in der grenzenlosen Anarchie und Korruption, mit der die Vorarbeiten der Regierung über Ablieferung und Sammlung von Brennstoffmaterial misachtet werden. Die Regierung wird durch einen solchen Mißbrauch der Amtsgewalt bloßgestellt.

Dieser von Kalenin und Lenin unterschriebene Aufruf schließt mit strengen Weisungen, die bestehenden Vorschriften genaustens einzuhalten.

Die Zunahme der Choleraepidemie.

Moskau, 6. August. Infolge der sich immer bedrohlicher ausbreitenden Cholera ist die Ein- und Durchreise in die Ukraine, nach dem Nordkaukasus, Turkestan und Sibirien nur dienstlich unter persönlicher Verantwortung des Vorsitzenden des betreffenden Gouvernementsvollzugsausschusses gestattet.

Der Getreidebedarf der Hungergebiete.

Moskau, 6. August. Das Hungergebiet braucht allein an Saatgut bis einschließlich September 12 Millionen Pud. Zur ersten Forderung der herrschenden Hungersnot werden mindestens 2 1/2 Millionen Pud Weizen benötigt, von denen 100 000 Pud sofort für den Monat August. Die Ablieferung muß möglichst beschleunigt werden; jede Verzögerung in der Ablieferung wird unter schwere Strafe gestellt. Die Eisenbahnen wurden völlig in den Dienst des Getreideverkehrs gestellt.

Die Lage in Wladiwostok.

Nach Pariser Meldungen stehen die russischen Arbeiter in Wladiwostok im Generalstreik. Es soll zu schweren Kämpfen mit der Polizei gekommen sein, so daß sich der Kommandant der japanischen Besatzungstruppen veranlaßt sah, Schutzwaffen an die zur neuen Regierung der „Republik des Amurgebietes“ haltenden Kappellanten auszugeben.

Der Umsturz in Wladiwostok ist von den nichtsozialistischen Parteien unter Leitung von Spiridon Dyonisewitsch Merkulow gemacht worden. Die Hafenarbeiter, denn um diese handelt es sich, wurden schon damals zum Generalstreik durch Flugblätter aufgepuscht, die interessanterweise mit einem um acht Tage älteren Datum versehen waren und somit zeigten, daß die Vorbereitung des Umsturzes von langer Hand vorbereitet war. Es haben auch am ersten Tage Schieberereien im Hafen stattgefunden zwischen den Kappellanten — General Kappel selbst ist auf dem Rückzuge General Kollischals erstochen — und den Arbeitern. Den Anstoß zu dem neuen Vorgehen der Arbeiter hat die Bestimmung der neuen Regierung gegeben, daß die Kommunisten von der Wahl zur Volksversammlung ausgeschlossen sein sollten, weil sie nicht als politische Partei, sondern als Verbrecher angesehen würden.

Aber Riga wird gemeldet, daß in der neuen Regierung eine Spaltung wegen der politischen Ziele entstanden sei. Das war zu erwarten. Denn Merkulow, der sich auch schriftstellerisch mit Siedlungs- und Wirtschaftsproblemen des Fernen Ostens befaßt hat, will sich auf die Schaffung eines autonomen Staatswesens im Küstengebiet einschließlich Kamtschatka beschränken. Ataman Semenow dagegen, der sich immer als den Vorläufer einer bürgerlichen Ordnung hingestellt hat, will alle nationalen Elemente zum offenen Kampf gegen den Bolschewismus um sich sammeln. Die Nachrichten über die augenblicklichen Schwierigkeiten der Sowjetregierung werden auch bis nach dem Fernen Osten gedrungen sein, so daß die Partei Semenow wohl jetzt die Oberhand gewinnen könnte.

Oberschlesien.

Eine Verordnung der interalliierten Kommission.

Breslau, 5. August. Die interalliierte Kommission hat folgende Verordnung erlassen: Auf den Gruben und Werken des Oberschlesischen Berg- und Hüttenbezirks ist es in letzter Zeit wiederholt zu Bedrohungen und Ausschreitungen gegen einzelne Beamte und anders Denkende gekommen. Dieser Zustand hat heute beachtliche Differenzen, welche die Arbeitsmöglichkeit auf das Empfindlichste stören, ergeben. Für Beleidigungen und Körperverletzungen müssen in Zukunft schwere Gefängnisstrafen verhängt werden, sobald einzelne Fälle zur Anzeige gelangen. Man wird es begreiflich finden, daß im Interesse des ober-schlesischen Wirtschaftslebens alle Differenzen und Zwistigkeiten auf alle Fälle verhindert werden müssen.

Vor der Teilung.

Bion, 6. August. (P.T.) „Temps“ gibt an, daß die Verschiedenheit der Anschauungen der Sachverständigen über die Teilung Oberschlesiens noch nicht beseitigt worden sind. Die französischen Sachverständigen haben ihre Möglichkeiten getan, um eine Verständigung zu erzielen. „Temps“ erklärt, daß Frankreich weder in der Konferenz, des Obersten Rates noch in der Konferenz der Sachverständigen einer Lösung zustimmen wird, die Polen schädigen würde. Die französische Meinung vertraut nach Ansicht der Zeitung darauf, daß England an einer für Polen günstigen Lösung sich beteiligen werde.

Die irische Frage.

London, 6. August. (P.T.) De Valera lud James Craig zu einer Konferenz ein. „Times“ melden, daß De Valera und Arthur Griffith volles Vertrauen und die volle Unterstützung ihrer Anhänger haben; es sei nicht zu befürchten, daß ihr Ansehen leiden werde. Die Zeitung schreibt weiter, daß die Schwierigkeiten zwischen Nord- und Südirland gegenwärtig größere sind als die, die zwischen Südirland und der englischen Regierung bestehen.

Berlin, 6. August. (P.T.) „Daily News“ berichten, daß die irische Frage eine sehr ungünstige Wendung nimmt infolge der gegnerischen Politik der Ulsterleute gegen die Regierungsvorschläge.

Zusammenstöße zwischen Tschechen und Deutschen.

Auffig, 5. August. (Tel.-An.) Vorgestern Abend kam es hier zu blutigen Zusammenstößen. Die Deutschen wollten eine Protestversammlung gegen die Übergriffe der Legionäre auf dem Marktplatz abhalten, fanden aber den Markt von 150 tschechischen Gendarmen besetzt und zogen nun auf den Theaterplatz. Kaum hatte ein Abgeordneter mit einer Rede begonnen, als 200 bewaffnete tschechische Legionäre, welchen Zivilisten mit Schlagringen und Gummiknüppeln folgten, auf die Menge einströmten, die panikartig die Flucht ergriff. Die Legionäre schossen, wobei ein fünfzigjähriger deutscher Arbeiter getötet und zwei Deutsche schwer verletzt wurden. Die Legionäre zogen darauf mit aufgeflogtem Bajonett durch die Stadt und plünderten die deutschen Läden. Die Verfolgung der Deutschen dauerte bis 10 Uhr. Die Verfolgten flüchteten in fremde Wohnungen und auf den Bahnhof; viele fuhren sogar mit den Zügen davon.

Vorarlberg will den Anschluß an Deutschland.

Wien, 6. August. Der deutschösterreichischen Bauernkorrespondenz zufolge fand in Vorarlberg am Sonntag eine große Versammlung des unabhängigen Bauernbundes Vorarlberg statt, in der neben österreichischen Bauernführern auch die Vorarlberger Führer der noch vor zwei Jahren für den Anschluß an die Schweiz sich erklärten, unter drausendem Beifall aller Versammlungsteilnehmer für den Anschluß an das Deutsche Reich eintraten. Damit scheint die Vorarlberger Anschlußbewegung an die Schweiz vollständig fallen gelassen. Rame es zu einer Volksabstimmung, so erklärte der bekannte Politiker Dr. Ritter, so würde schon heute eine Mehrheit von 70 v. H. für den Anschluß an das Deutsche Reich sicher sein.

Waldbrände.

Magdeburg, 5. August. (Tel.-An.) Vor einigen Tagen brach in der Staatsforst Schmeinitz erneut ein Waldbrand aus. Dem Brande fielen rund 300 Morgen Waldbestand zum Opfer. Die Reichswehrtruppen und Feuerwehren der Umgebung beteiligten sich an den Löscharbeiten.

Angustdorf, 5. August. Augenblicklich stehen noch größere Waldbestände im Teutoburger Walde in Flammen. Die Lösung erscheint unmöglich. Eine Abteilung Reichswehr, die zur Hilfeleistung aufgegeben war, wurde auf halbem Wege zurückbeordert, obgleich ihr Erscheinen dringend notwendig gewesen wäre. Später mußte die Detmolder Reichswehr erneut angefordert werden, da das Feuer, durch den starken Wind angefaßt, den aufgeworfenen Schuttwall überbrungen hatte. Die Größe der abgebrannten Fläche konnte noch nicht annähernd festgestellt werden.

Ein Sowjetschiff in Stettin.

Stettin, 5. August. Am Mittwoch lief das Regierungsschiff „Transbalt“ der Sowjetrepublik, ein früherer Dampfer der Hapag von etwa 5600 Tonnen, in den hiesigen Hafen ein. Es führte die Abzeichen eines Lazarettsschiffes und hatte Kriegsgefangene und Heimkehrende, darunter 8 Deutsche gebracht. Seine Veruche, einige im Hafen liegende Schiffe durch Hissen seiner roten Flagge zu grüßen, fanden keine Gegenwehr. Das Schiff hat eine umfangreiche Vorratshölzerei bolschewistischer Inhalts an Bord und will hier Medikamente kaufen.

Eine deutsche Sejminterpellation.

Die Sejmabgeordneten Hasbach und Spidemann wenden sich in einer Interpellation mit folgender Anfrage an die Regierung: „Vorgestern gehen uns Klagen zu über Entlassungen von Arbeitern deutscher Abkunft aus ihren Arbeitsstellen, nicht nur aus staatlichen und kommunalen Betrieben, sondern auch aus privaten Unternehmungen, und zwar landwirtschaftlichen und industriellen. In diesen Entlassungen erblicken wir in Verbindung mit den vorhergegangenen Ereignissen ein Symptom, das zur Verdrängung aller Deutschen aus dem ehem vreuksischen Teilgebiet führen soll. Angehörige des oben Angeführten tragen die Unterzeichneten die hohe Regierung.“

1. Sind über diese Vorgänge bekannt? 2. Was gedenkt die Regierung zu tun, um diesen willkürlichen Entlassungen Einhalt zu tun? 3. Ist die Regierung mit der ihm uralten Verdrängung der Deutschen aller Stände aus dem Teilgebiet einverstanden?
Warschau, den 30. Juli 1921. Die Interpellanten.“

Zur Domänenfrage.

Die vielumstrittene Unifikation scheint doch noch nicht zu einem derartigen Kontakt zwischen den hiesigen Teilgebietsbehörden und den Warschauer Zentralbehörden geführt zu haben, daß Zwiespaltigkeiten zwischen der hiesigen Praxis und der dortigen Auffassung ausgeschlossen wären. In Warschau scheint die Ansicht vorherrschend, als hätte die Domänenverwaltung den bisherigen Pächtern äußerster Entgegenkommen bewiesen. Sie hätten nur den Wunsch auszusprechen brauchen, dann hätte man ihnen die Verträge erneuert, und in zuvor-kommenster Weise habe man ihnen die Mitbewerbung bei der Neuverpachtung offengehalten. Die Tatsachen jedenfalls sprechen ganz anders: Um Neujahr d. Js. schrieb die Domänenverwaltung den Pächtern ganz unvermittelt, sie sätten ohne Rechtsgrund auf ihrer Domäne und müßten deshalb neue Verträge mit dem polnischen Staat abschließen. Die Pächter konnten zwar erstens nicht anerkennen, waren aber zu letzterem bereit, da sie zugeben mußten, daß bei dem gesunkenen Geldwert die früher mit der deutschen Regierung vereinbarte Pacht kein angemessenes Äquivalent mehr darstellte. So traten sie denn auf die Verfügung hin, daß sie, wenn es bis zum 1. April nicht zum Abschluß neuer Verträge käme, die Domäne zum 1. Juli zu räumen hätten; eine Verfügung, die von Minister Rucharski ihnen gegenüber mündlich dahin erläutert wurde, daß es sich lediglich um eine wirtschaftliche Maßnahme handle, mit neuen Angeboten an die Regierung heran und waren willens, so und so viel Zentner vom Morgen als Pachzins abzuliefern. Aber der Domänenverwaltung lag es ja gar nicht daran, mit den bisherigen Pächtern zu einem neuen Abschluß zu kommen und dadurch die Staatseinnahmen zu erhöhen. Sie feilschte, zog die Sache hin, hatte aber dabei ihr Ziel immer klar vor Augen: Die deutschen Pächter aus der Pacht um jeden Preis herauszufegen, um Platz für die bereits lauernden Nachfolger zu schaffen. Deshalb war auch gar keine Rede davon, daß den bisherigen Pächtern bei der Neuverpachtung Gelegenheit zur Mitbewerbung gegeben würde. Wir haben in unserem Blatt bereits mehrfach unter Anführung von Tatsachen ausgeführt, wie gerade umgekehrt die Mitbewerbung der bisherigen Pächter um jeden Preis verhindert werden sollte. Durch nichts kann das ganze Verfahren bei der Neuverpachtung, in das scharf hineinzuweisen wir kaum in der Lage wären, besser charakterisiert werden, als durch die Ausführungen, die in Nr. 189 der Posener Ausgabe der „Rzeczpospolita“ Dr. Eichowicz-Zabłotow über die „Domänen in der Wojewodschaft Posen“ macht. Der Verfasser dieses Artikels, der die geheimsten Triebfedern, wie auch die Familienverhältnisse der in Frage stehenden Personen sicherlich besser kennen muß als wir, schreibt da u. a.:

„Die Personen, an die Domänen verpachtet worden sind, müssen hinsichtlich ihrer finanziellen und sachmännlichen Eignung sorgfältig ausgemustert werden. Das scheint nicht gebüßig gewesen zu sein, denn man hat die Domänen zum größten Teil Leuten in Pacht gegeben, die eine recht kurze Praxis haben, und denen es an theoretischer Schulung fehlt. Man hat sogar Nichtlandwirte ausgewählt. Es ist mehr als zweifelhaft, ob solche Pächter die landwirtschaftliche Produktion auf der gegenwärtigen Höhe werden halten können, und fast ausgeschlossen, daß sie sie werden steigern können.“

Sollen das die sog. Musterwirtschaften sein? Und schaut man sich die neuen Pächter näher an, dann fällt jedem eine sonderbare Erscheinung auf; die Namen lauten oft gleich den Namen der Domänenreferenten. ...

Vertiefen wir uns weiter in die Genealogie, so stoßen wir auf eine ganze Reihe von Verwandten dieser Referenten und ihrer Vorgesehten. Gewiß eine nicht alltägliche Erscheinung. ...

Noch etwas weiteres fällt auf: man hat die Pächten Leuten gegeben, die schon ihre Arbeitsstätte haben oder deren Eltern mehrere Dörfer besitzen. Ich bezweifle, daß das der Zeitgedanke der Agrarreform war.

Nach Erhalt der Pacht haben einige der neuen Pächter ihr Land verkauft bzw. ihre Privatpachtungen abgegeben. Das ist geradezu unerhört, das dürfte man nie zulassen; es drängt sich unwillkürlich der Gedanke auf, daß die Domänenabteilung den Landhandel begünstigt. Es ist nicht Aufgabe der Regierung, die Boden Spekulationen herborzurufen. Im Gegenteil: sie hat ihm vorzubeugen. Und wir erleben noch etwas Seltsames; an diese Leute gibt man das Domäneninventar zu niedriger Tage ab und gestattet ihnen das Inventar der von ihnen abgegebenen Privatpachtungen im Wege öffentlicher Versteigerung zu verkaufen und davon Millionen-gewinne einzuharfen.

Hat die Wojewodschaft das Recht, den neuen Domänenpächtern Millionengehenke zu machen?

Um den Staatschatz zu kräftigen, müssen aus den Domänen Einnahmen gezogen werden, und das ist nur durch hohe Pachtbemessung zu erreichen. Eine solche kann man nur erhalten durch Submision oder durch öffentliche Ausbietung nach Kündigung der bisherigen Pächter.

Aber in Posen ist etwas Wunderbares geschehen. Hier verteilte man die Domänenpachten, bevor überhaupt die laufenden Pachtverträge gekündigt waren, und veranstaltete, wie es scheint, eine Submision lediglich, um die Form zu wahren. Nach meiner Meinung war eine Domänenverpachtung „unter der Hand“ unter keinen Umständen zuzulassen. Wenn nicht ein Odium auf die Domänenbeamten fallen sollte. Denn es würde traurig um uns aussehen, wenn wir an der Makellosigkeit der polnischen Beamten überhaupt zweifeln müßten. ...

Nur kurz möchte ich noch auf die Art der Inventarschätzung bei Übernahme der Domänen von den bisherigen Pächtern eingehen.

Ich stehe auf dem Standpunkt, daß das Inventar privates Eigentum des Pächters ist, für das der Pächter die Marktpreise fordern kann. Unrecht ist eine niedrigere Schätzung unter dem Deckmante! des sog. „Gebrauchswerts“.

Wenn ich heute auf dem Markt 100.000 M. und mehr für ein Pferd zahlen muß, dann muß das Pferd auch diesen Gebrauchswert besitzen, denn sonst würde es niemand kaufen.

Dasselbe gilt für das übrige tote und lebende Inventar. Ich fürchte, daß zu niedrigen Preisen eine Reihe von Prozessen entfallen werden, deren Ausgang zweifelhaft sein dürfte. Verspielt die Regierung, wer soll dann die Differenz und die Kosten tragen?

Soll es die Staatskasse tun, so müßten die Ausgaben der ganzen Gesellschaft durch Erhöhung der Steuern zwecks Deckung des Defizits aufgebürdet werden. Man kann von der Gesellschaft kaum verlangen, daß sie Steuern zahlen soll, damit sich Einzelne bereichern. Wenn aber die Behörden mit der Möglichkeit des Verlustes der Prozesse rechnen und sich in den neuen Verträgen vorbehalten haben, die neuen Pächter diese Ausgaben decken sollen, wie stellen sich dann die Behörden diese Möglichkeit vor? Ein großer Teil der Pächter hat bereits die diesjährige Ernte verpfändet, um überhaupt die Pacht übernehmen zu können. Es ist bereits zweifelhaft, ob diese Herren überhaupt die Pacht bezahlen werden, umso mehr, als eine große Anzahl von ihnen schon jetzt mit der Notwendigkeit einer Herabsetzung der Pacht rechnet.

Die Frage des Tagverfahrens ist so wichtig, daß sie unbedingt geklärt werden muß, denn es ergeben sich bei den Tagen Unterschiede, die nur durch unzureichende Bearbeitung der Taggrundzüge zu erklären sind.

Die Art und Weise, wie die Domänenverpachtung in der Wojewodschaft Posen durchgeführt worden ist, gibt viel zu denken. Die Regierung hat die Pflicht zu untersuchen, wie sich die Verpachtung abgespielt hat, und wie sich die Begünstigung der Verwandten der Domänenbeamten erklärt.

Die Regierung hat die Pflicht, diese Verpachtung „unter der Hand“ unbedingt so rasch wie möglich für nichtig zu erklären und entweder eine Substitution auszusprechen, oder was noch besser und gerechter wäre, eine öffentliche Ausbietung.

Die Art und Weise der Neuverpachtung kann kaum besser kritisiert werden. Was aber die Frage der Rechtsmäßigkeit der Pachtannahme betrifft, so steht die Maczjospolita in dasselbe Horn, wie fast die gesamte polnische Presse. In Nr. 202 ihrer Warschauer Ausgabe sucht sie sich mit den so sehr unangenehmen Aufklärungen Löbes in der „Polnischen Zeitung“ auseinanderzusetzen. Löbe hatte in den 1. Bt. auch von uns gebrachten Artikel auf die Versprechungen der Maczelna Rada Lubowa wie auch auf die persönlichen Zusicherungen Korianins hinsichtlich der abgetretenen Deutschen, ihre Rechte und Interessen hingewiesen. Die Maczjospolita sucht nun diesen Hinweis dadurch zu entkräften, daß sie die in der Proklamation vom 30. 6. 1919 ausgesprochene Garantie der Rechte aus Pachtbeträgen nur auf private Pachtverträge bezieht, nicht aber auf solche, bei denen als Verpächter der Staat auftritt. Bisher war es noch immer Grundgesetz, daß der Staat im privatrechtlichen Verkehr noch ausländischer Verfahren müßte, als der gewöhnliche Privatmann. Daß nach seiner privatrechtlichen Stellung der Fiskus vor dem gewöhnlichen Sterblichen nichts voraus hat, ist allgemein anerkannter Rechtsgrundsatz. Und wenn die Maczjospolita damit kommt, daß das Versprechen „nur in einer Proklamation“ und nicht in Gesetzesform niedergelegt sei, so ist darauf zu erwidern, daß frei gegebene moralische Versprechen sonst in der ganzen Welt als bindend anerkannt werden ohne Rücksicht auf ihre Form, und daß auch privatrechtlich bindende Versprechen einer Form gewöhnlich nicht bedürfen. Es war auch nicht bloß eine „zeitweilige Provinzialregierung“ (so nennt die Maczjospolita die Maczelna Rada Lubowa), die das Versprechen gab, sondern das Versprechen wurde gegeben unter der Garantie des damaligen Innenministers.

Aber mag es mit dem Versprechen stehen, wie es will. Polnisches Staatsgrundgesetz ist der Minoritätenschutzvertrag. Er verbietet es, Privatrechte ausschließlich um ihres Deutschtums willen in ihren Privatrechten zu kränken. Keine noch so spitzfindige Sophisterei kann die Tatsache aus der Welt schaffen, daß durch die Maßnahmen der Regierung Hunderte von Domänenpächtern, polnische Staatsbürger deutscher Muttersprache, auf die Straße gesetzt und unter Umständen an den Bettelstab gebracht werden. Die Ver-

fassung sichert allen Staatsbürgern die gleiche staatliche Fürsorge zu. Keine Staat behörde aber reist sich um den ihres Daches, ihrer Arbeitsgrundlage beraubten Domänenpächtern helfend an die Hand zu gehen. Niemand denkt daran, ihnen im Staate eine neue Existenzmöglichkeit zu bieten und ihre Arbeitskraft zum Nutzen der gesamten Volkswirtschaft zu verwerten. Wie den paar Hundert Domänenpächtern soll es auch den Tausenden ihrer Beamten und Arbeiter, soweit sie deutscher Muttersprache sind, ergehen. Überall her kommen Nachrichten, daß Wirtschaftsbeamte und Arbeiter von den Zwangsverwaltern bzw. den neuen Pächtern kurzerhand auf die Straße gesetzt und unermesslichem Elend preisgegeben werden. Wäre der polnische Bürokratenstaat mit einem Tropfen sozialen Deles gesalbt, dann müßte er hier einschreiten und auf irgend eine Weise verhindern, daß seine Bürger der Not und der Verweiflung anheimfallen. Aber es geschieht nichts. Würde nicht noch die private Wohltätigkeit lindern eingreifen, was für Gefühle müßten dann in diesen Armen entstehen!

Die polnische Presse gibt des öfteren ihrem Erstaunen Ausdruck, daß deutsche Hilfe aus dem Reich sich den Stammesgenossen in Polen zuwendet. Es wäre sehr schön, wenn diese Hilfe entbehrt werden könnte. Aber wenn die polnische Regierung und die polnische Gesellschaft statt ihrerseits um das Wohlergehen aller bemüht zu sein, durch ihre Maßnahmen die wirtschaftliche Existenz ihrer eigenen Staatsbürger erschüttert und sie dann ihrem Schicksal überläßt, sollen da etwa die Gequälten den rettenden Arm nicht ergreifen, sollen sie da etwa an politischen Gewissensbedenken die angebotene Hilfe zurückweisen?

Es handelt sich ja überhaupt bei der Domänenfrage um mehr als bloße innerpolnische Rechtsfragen. Mag auch der polnische Richter durch die ihm von der Verfassung angelegten Fesseln gezwungen sein, in den schwebenden Prozessen die Gültigkeit des Gesetzes vom 14. Juli 1920 zu bejahen und pro fisco zu entscheiden, — darüber, daß diese Gesetz in krassem Widerspruch steht zu dem Wortlaut und Geist des Friedensvertrages kann sich niemand täuschen. Es war nicht die Absicht, des Friedens von Versailles, die einzelnen Privatpersonen in ihren Rechten und Interessen zu schädigen und dadurch bei den Abgetretenen den Haß gegen den Friedensvertrag und seine Urheber großzuziehen. Eine andere Auslegung des Friedensvertrages ist nicht nur juristisch falsch sondern verstößt auch auf höchste Achtung gegen das auf Erhaltung des Friedens und auf Beruhigung gerichtete Interesse der siegreichen Ententestaaten. Und deshalb ist die Domänenpächterfrage, mag die polnische Presse noch so sehr dagegen schäumen, doch eine Angelegenheit von internationalem Charakter. Mit Recht hat sich der Völkervertrag deshalb ihrer angenommen, und es steht zu hoffen, daß er eine gerechte und zweckmäßige, auch für Polen verbindliche Auslegung der in Frage stehenden Artikel des Friedensvertrages authentisch ergeben lassen wird. Daß die Auslegung, die die polnische Regierung in dem Gesetz vom 14. Juli 1920 den fraglichen Artikeln zu geben beliebt, auf recht schwachen Füßen ruht, das hat sie ja selbst in der Begründung zu diesem Gesetz angegeben. Um so notwendiger ist ein Spruch des Völkervertrages, notwendig schon um der weitreichenden Folgen willen. Was bedeuten die Klagen deutscher Staatsbürger polnischer Zunge über gelegentliche Zusammenstöße bei Vereinsfestlichkeiten usw. gegenüber dieser staatlich gewollten und sanktionierten systematischen Verdrängung ganzer Bevölkerungskreise! Mag allen entscheidenden Stellen der Ruf der Opfer dieser Politik in die Ohren gellen: Nie werden Ihr den Frieden der Welt erreichen, wenn Ihr uns den Frieden unseres Hauses, unsere Heimat nehmt!

Die Republik Angora.

Die Republik Angora ist das Werk des Generals Mustafa Kemal. Er verstand es, das unter der Wucht der Ereignisse fast niedergebrogene Osmanentum neu aufzurichten; in heftigem Kampf nicht nur mit dem äußeren Feind, sondern auch mit den zahlreich eigenen Volksgenossen, die allzu geneigt waren, sich dem Joch der Entente zu beugen und alle ihre Vorurteile und Feindsprüche als Kismet hinzunehmen. Er überließ Konstantinopel, das glanzverleuchtete, mit seinen glatten hohen Wänden seinem Schicksal und schuf im kleinasiatischen Hochland eine neue Türkei: großschlächsig, bäurisch, von fränkischer Kultur wenig belebt und weitestgehend dem verfeinerten, weichen Levantinertum der Stambuler Effendis; doch kräftig, männlich, im Waffenhandwerk geübt, mit einer starken Bundesgenossin (der Sowjetrepublik? Ach nein: der Geographie) im Rücken.

Doch nicht von diesem „Kemalistan“ in Uniform sei heute die Rede. Seit Monaten sind die Blätter voll von ihm. Daneben gibt es jedoch ein anderes festeres Anatolien in Zivil, geheimnisvoll und stark verumtelt wie die dortigen Frauen, von dem wenig Kunde zu uns dringt und das doch einer kurzen Betrachtung wert ist. Das Herz dieses Zivil-Anatoliens schlägt in der „Großen Nationalversammlung“ von Angora, die am 23. April 1920 eröffnet wurde, nachdem sie in den Kongressen von Erzerum und Sinas mehrfache Generalproben abgehalten hatte. Sie hat die Erbschaft der früheren Konstantinopler Kammer antreten, die kurz nach der Befreiung der Stadt durch die Entente, auf deren Befehl am 12. April durch den Großwesir Damad Ferid auseinandergetrieben wurde, weil seine ententistische Politik von der nationalistischen Mehrheit heftig bekämpft wurde. Bei dieser Gelegenheit verschleppten übrigens die Engländer nach ihrer Gewohnheit eine Anzahl der „gefährlichsten“ Abgeordneten nach Malta, von wo sie erst vor kurzem entlassen wurden, da nur unter dieser Bedingung die Freigabe der ausgleichsweise in Anatolien eingesperrten Briten zu erreichen war. Etwa siebzehn Volksvertreter, unter Führung des Kammerpräsidenten Djelal eddin Arif, gelang es, nach Kleinasien zu kommen, wo sie zusammen mit den 270 neugewählten Abgeordneten die Große Nationalversammlung bilden. Dieses Angora-Parlament hat sich am 5. September bis zur Erreichung seiner nationalen Ziele in Permanenz erklärt und inmitten des riegertischen Treibens, das es umstößt, eine für das türkische „Gile mit Weile“ recht lebhaft Tätigkeit entfaltet.

Die bei weitem interessanteste Frucht seines Strebens ist das Gesetz vom 20. Januar 1921, worin es die Verfassungsgrundsätze für die neue Türkei aufstellt, die de jure nur von ihren moskowitischen und islamischen Freunden, de facto jedoch auch von der Konstantinopler und von den Entente-regierungen wohl oder übel anerkannt wird. Kein langatmiges Erzeugnis staatlicher Weisheit diese anatolische Verfassung. Unter dem Mars geboren und seinem Wesen angepaßt, befreit sie sich militärischer Knappheit und entschleiert in kaum neun Artikeln nur einige Züge ihres Anlages; andere, kaum minder reizvolle, sitzen verbüllt.

Art. 1 spricht den Grundsatz der Volkssouveränität aus. Art. 2 vereinigt alle Gewalt, die gesetzgebende wie die vollziehende, in der Großen Nationalversammlung als alleiniger und wahrhafter Vertreterin des Volkes. Nach Art. 3, 8 und 9 regiert die Große Nationalversammlung durch Vollzugskommissare (alias Minister — eine Verbeugung vor den Völkern, die den Titel ihrerseits dem alten Jean Jacques entlehnt haben), die sie für die einzelnen Dienstzweige ernannt und jederzeit absetzen kann. Der Präsident der Nationalversammlung, für die Dauer der Legislaturperiode gewählt, ist zugleich Vorsitzender des Kollegiums der Kommissare, deren Beschlüsse er bestätigt, ebenso wie er „im Namen der Nationalversammlung zeichnet“. Die Nationalversammlung und das Kommissar-Kollegium haben außerdem noch je einen „Ehrenden Präsidenten“ (letzterer von den Kommissaren aus ihrer Mitte gewählt), die jedoch angefaßt ihres gemeinsamen Oberpräsidenten nur Vizepräsidenten sind. Art. 5 setzt die Legislaturperiode auf zwei Jahre fest, doch hat die Nationalversammlung sich bis auf weiteres in Permanenz erklärt. Art. 4 und 6 treffen Bestimmungen über die Wahlen und Art. 7 über die Zuständigkeit der Nationalversammlung.

Das ist alles, und man wird zugeben, es ist nicht viel; doch immerhin genug, um zu erkennen, daß die Verfassung von Angora den Typus der sogenannten direktorialen Regierungsform verwirklicht, wie er in der französischen Verfassung von 1793 und heute, wenn auch erheblich modifiziert, im Schweizer System zum Ausdruck kommt. Das Volk wählt Vertreter, die die gesetzgebende Versammlung bilden und allein in seinem Namen sprechen und entscheiden. Da diese aus etwa 350 Mitgliedern bestehende Körperschaft nicht selbst die vollziehende Gewalt ausüben kann, so überträgt sie ihre Ausübung einer Anzahl von „Kommissaren“, die sie selbst ernannt und nach Belieben absetzen kann. Es gibt also keine besondere Vollzugs Gewalt und keinen Träger der Vollzugs Gewalt. Die Kommissare, das heißt die Minister, sind nicht die Minister der

Um eines Mannes Ehre.

Original-Roman von H. Groner.

(47. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Diese, von einem empfindlichen Gewissen diktierten Worte, hatten die ebenfalls feinfühligere Seele Horsts neuerdings erregt.

Ah! Er wollte dem Toten ja gewiß nicht Unrecht tun, nicht einmal in Gedanken — aber diese kommen oft ungerufen und lassen sich nicht immer verjagen.

Und wenn man einen Brief von der Art besitzte, der sich zwischen den andern jüngst erhaltenen Briefen vergewandelt, zu Gesicht bekommt, dann hat man wohl Ursache, es zu bezweifeln, daß sein Besitzer zu den anständigen Menschen gehört hatte.

Herr von Horst hätte sich also nicht darüber zu erzürnen brauchen, weil er, seit er jenen Brief zum ersten Mal gelesen, den Ermordeten schon ellihe Male im Geiste einen Schurken genannt hatte.

Es hatte erst Breuners fester Zuredung bedurft, um auch in ihm die Hoffnung aufzuwecken zu lassen, daß es sich hier um ein quälendes Mißverständnis handle.

Darüber grübelnd, hatte Herr von Horst den Heimweg eingeschlagen.

Ganz in sein Grübeln versunken, war er bis zu dem Hause gekommen, darin er wohnte, betrat es auch schon, gab sich jedoch plötzlich einen Ruck und kehrte um.

Er war jetzt nicht mehr blaß und nicht mehr so, wie verloren.

Ganz stramm schritt er aus und hatte es jetzt eilig, so sehr eilig, daß er ein eben leer vorüberfahrendes Automobil anhalten ließ und rasch einstieg.

Sonst stieg Herr von Horst stets ziemlich steif und bedächtig nach dem er seinen immer tabellosen Überzieher und seinen stets allermodernsten Hut im Entree unten sorgfältig untergebracht, zum ersten Stockwerk hinauf.

Nach schied er immer die Linie vor sich her, damit sie ihn anmelde.

Heute legte er nur den Hut ab, betrachtete das Mädchen, dessen Gruß er nur mit einem eiligen Kopfnicken erwiderte hatte, weiter nicht und nahm beim Hinaufsteigen zwei Stufen auf einmal.

Dunkel sah ihm, den Kopf schüttelnd, nach.

Und auch oben schüttelte eine den Kopf.

Diese eine war Tante Berta, welche soeben in ihr Zimmer gehen wollte.

Sie blieb, als sie die eiligen Schritte hörte, stehen. Die Hand auf die Türklinke gelegt, schaute sie neugierig zur Stiege hin.

„Horst?“ dachte sie verwundert, wollte es auch schon rufen, hielt aber an sich und wunderte sich nun noch mehr und noch über etwas anderes, als nur darüber, daß er zu so ungewöhnlicher Zeit und in so ungewöhnlicher Art kam.

Der steifleinene Herr von Horst tat nämlich soeben jetzt etwas, das zu seiner sonstigen vornehmen Gelassenheit gar nicht paßte.

Er hielt in seinem stürmischen Herauskommen plötzlich ein.

Er stand, ganz gewiß unbewußt, in einer Pose da, wie etwa einer, der über irgend etwas exaltiert, in eine weite Ferne schaute.

Seine Arme hielt er halb ausgebreitet, seine Lippen ließen die weißen Zähne sehen. Das Mädchen, daran sich auch seine schönen, hellen Augen beteiligten, war weich und schmerzhaft, es war, als wolle er ein liebes, gutes Wort sprechen.

Aber er sprach nur etwas, dessen Sinn keiner im Hause verstanden hätte, sagte halblaut aber mit einer gewissen Festigkeit: „Nein, es kann nicht sein! — Wenn das möglich wäre, hättest Du ihn nicht so herzlich geliebt trotz so manchem.“

Tante Berta schüttelte jetzt noch einmal den Kopf.

Erstens über den Umstand, daß der kühle, nüchterne Herr von Horst mit sich selber redete und zweitens über das, was er redete.

Und jetzt redete sie:

„Herr von Horst!“ sagte sie leise, und gleich darnach warm, wie sie noch nie zu ihm geredet hatte: „Paul! Lieber Paul!“

Da ließ er die Arme sinken, das liebe Mädchen in seinem Gesichte verblüffte und machte dem Ausdruck großen Verlegenheits Raum.

(Fortsetzung folgt.)

Dürrezeiten und „Hungersteine“ in Deutschland.

Von Prof. Dr. Hennig, Düsseldorf.

Den berühmten Dürrezeiten von 1904 und 1911 wird sich das gegenwärtige Jahr 1921 — leider! — als gleichwertig zur Seite stellen. Ja, die Dürre ist diesmal vielfach noch fühlbarer und verhängnisvoller als in den genannten älteren Jahren gewesen, da einmal unsere stark heruntergewirtschaftete Landwirtschaft schwerer als ehedem eine Miskerte in einzelnen Bodenerzeugnissen ertragen kann, und da andererseits der verhängnisvolle Mangel an Niederschlägen in der Hauptsache schon seit vielen Monaten anhält und dadurch die Wirkungen der großen Sommerhitze und -dürre noch schlimmer sich ausprägen läßt. Von dem einen Monat Januar abgesehen, der dem größten Teile Deutschlands recht reichliche Regenmengen, seltener Schneefälle, bei gleichzeitig abnorm milder Witterung (es war der wärmste Januar seit 1793!) brachte, haben schon seit September 1920 alle Monate einen mehr oder weniger großen Ausfall an Niederschlägen aufzuweisen gehabt, wenn auch natürlich hier und da für einige Tage und Monate monatliche Überflüsse auch sonst nicht ausgeblieben sind. So besonders April bis Juni. Der ganz extrem kalte und milde Winter, der selbst in den Gebirgen die sonst gewohnten, dicken Schneedecken nur zum kleinsten Teil sich bilden ließ, vereitelte die normale Frühjahrsanfüllung unserer Flüsse und des Grundwasserstandes mit den in anderen Jahren oft so überreichen Schneeschmelzen im Westen ziemlich gänzlich, und so kam es, daß schon in den Frühjahrsmonaten unsere schiffbaren Flüsse, die um diese Jahreszeit meist ihre besten Wasserstände aufweisen, ein höchst bedenkliches Sinken ihres Wasserpegels erkennen ließen. Nachdem schon der ganze Spätherbst und Winter zumest sehr niedrige Pegelstände gebracht hatte, wurden im Frühjahr, zumal in der ersten Aprilhälfte, Rekordwerte erreicht, die als nahezu beispiellos bezeichnet werden müßten. Im Rhein, unserem wichtigsten Strom, verfiel der Wasserzufluß so gründlich, daß mindestens in den letzten 150 Jahren, wahrscheinlich aber noch viel länger, sein Wasserpegel nicht mehr so niedrig gewesen ist! Sein tiefster Pegel wurde in den Tagen um den 7. April erreicht. In den heißen Tagen des Juni und Juli war der Rhein, da ihn die

Zollungsgewalt, sondern der Nationalversammlung, und auf diese Weise den verfassungsmäßigen Einfluss.

Wir sind also in Angora recht weit vom parlamentarischen System, das der Legislative eine Exekutive — Monarchen oder Präsidenten der Republik — beibringt, der sehr kräftig auf das Parlament wirken kann, nicht nur durch sein Recht, es aufzulösen und seinen Beschlüssen ein mehr oder minder beschränktes Veto entgegenzusetzen, sondern auch durch die Wahl seiner Minister, die er systemgemäß keineswegs der Parlamentarität zu entnehmen braucht und tatsächlich nicht einmal entziehen kann, wenn die Mehrheit unsicher ist. Während also nach dem parlamentarischen System die Regierung zwar einer weitgehenden Kontrolle der Kammer unterworfen ist, andererseits jedoch auf diese einen starken Einfluss übt — eine gegenseitige Bedingtheit, die eben vor der Willkür der einen oder der anderen Gewalt schützt und die Freiheit sichern soll —, repräsentiert die Angora-Verfassung den Typus des parlamentarischen Absolutismus. Die Exekutive ist der Legislative vollkommen untergeordnet. Die Minister sind einfache Beauftragte des Parlaments, in dessen Händen alle Gewalt konzentriert ist.

Vom Kalifat und Sultanat jagt das Angora-System kein Wort, doch bietet die Mitteilung, die die Regierung im Februar nach Konstantinopel richtete, einen Fingerzeig für ihre Anschauung. Sie fordert darin die Anerkennung der großen Nationalversammlung durch ein kaiserliches Handschreiben und verpflichtet sich dafür zur Aufrechterhaltung des Kalifats und Sultans. Sie schlug vor, der Sultan sollte wie bisher in Konstantinopel, die Nationalversammlung vorläufig in Angora residieren; doch sollte die Konstantinopeler Regierung aufgelöst werden und an ihre Stelle eine Delegation der Nationalversammlung dem Sultan zur Seite treten, dessen Zivilliste übrigens, wie sie ausdrücklich bemerkt, im Budget von Angora figuriert. Auf diese Mitteilung ist nichts erfolgt, doch beweist sie, daß die Herrscher von Angora nicht daran denken, das Institut des Kalifats und Sultans zu beseitigen, sondern nur dessen gegenwärtigen Inhaber für einen Gefangenen der Ungläubigen erklären; ein Umstand, der ihn nach islamischem Staatsrecht unfähig zur Ausübung seiner hohen Würde macht.

Der russisch-türkische Angoravertrag.

Paris, 6. August. (P.T.Z.) Wie aus Konstantinopel berichtet wird, enthält der in Angora geschlossene russisch-türkische Vertrag nachstehende Punkte. Rußland verpflichtet sich keinen Vertrag anzuerkennen, den die Türkei nicht gutheißt. Keine der beiden Parteien erkennt einen Vertrag an, der einer der Parteien mit Gewalt aufgezwungen wurde. Rußland erkennt an, daß die Bezeichnung „Türkei“ alle Gebiete umfaßt, die in dem sogenannten Angora-Vertrag genannt sind.

Deutsches Reich.

Das Reichskabinett hielt am Mittwoch eine Sitzung ab, in der es sich aber nicht, wie angekündigt, mit den Steuerentwürfen beschäftigte, sondern über die durch die alliierte Note geschaffene Lage beriet.

Forderungen des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes. Aus Anlaß der wirtschaftlichen Entwicklung hat der Allgemeine Eisenbahnerverband seinen erweiterten Verbandsausschuß dieser Tage in Berlin zusammentreten lassen. Der Verbandsausschuß hat einstimmig einen Beschluß gefaßt auf Erhöhung der Gehälter. Der Verbandsausschuß hat ferner beschlossen, sich mit den anderen Eisenbahnerorganisationen zwecks gemeinsamen Vorgehens in Verbindung zu setzen.

Lohnabbau und Lebenshaltung. Die Steigerung der Kosten für die Lebenshaltung wurde auf der Hauptkonferenz der deutschen Gewerkschaften am 28. und 29. Juli in eingehendster Weise besprochen. Das Ergebnis dieser Besprechungen ist eine Entschließung, die dem Zentralrat zur Beschlussempfehlung vorgelegt wurde. In dieser Entschließung wird erklärt, daß die andauernde Steigerung der Lebenshaltung auf vielen Gebieten des täglichen Bedarfs, insbesondere die in Aussicht stehende Verteuerung des Brotes, der Kohlen, des Wohnungsbedarfs u. a. m. dem Zentralrat der deutschen Gewerkschaften (G.-D.) die Pflicht auferlegt, zu erklären, daß an einen Lohnabbau nicht gedacht werden könne, daß im Gegenteil eine Lohnsteigerung im Einklang mit der Steigerung der Preise notwendig sei. Es sei die Pflicht der Gewerkschaften, mit geeigneten Mitteln dafür zu sorgen, daß wucherische Konjunkturgewinne verhindert und zugunsten der Allgemeinheit umgewandelt würden. Diese Entschließung wurde vom Zentralrat angenommen.

Gesetzgebung der Mieten. Der preussische Minister für Volkswohlfahrt hat in einem Befehl an den Verbandspräsidenten des Siedlungsbezirks Ruhrkohlenbezirk erklärt, daß die neuen Steuern voraussichtlich noch in diesem Jahre eine ganz wesentliche Erhöhung der Mieten mit sich bringen werden.

Gewalttätigkeit bei den Kommunisten. Auf eine Anzeige, daß in der Geschäftsstelle der Vereinigten Kommunistischen Partei Waffen verborgen seien, fand dort eine Hausdurchsuchung statt. Das Personal

der Parteizentrale protestierte gegen die Hausdurchsuchung. Vor allem sollte verhindert werden, daß die Kriminalbeamten in das Abgeordnetenzimmer eindringen, in dem die kommunistischen Abgeordneten zu arbeiten pflegen. Die Abgeordneten, die sich zu Beginn der Hausdurchsuchung im Reichstage befanden, wurden herbeigerufen und verlangten unter Berufung auf ihre Immunität, daß ihre Schränke und Schreibtische unangefastet blieben. Waffen wurden bei der Durchsuchung nicht gefunden. Bei den weiteren Nachforschungen fanden die Kriminalbeamten ein Paket mit Klischees zur Herstellung von amtlichen Personalausweisen (Bayerische Klischees) sowie die dazu gehörigen amtlichen Stempel und Vordrucke. Die Mitglieder der Parteizentrale erklärten, daß die Pakete von Epigonen dort versteckt worden seien. Das Material wurde beschlagnahmt.

Freistaat Danzig.

In der Senatssitzung am Freitag erklärte Präsident Sahm gelegentlich der Vernehmung der Zeugen im Volkstag, nur ihm hätte das Recht zugehört, über die Polizei im Volkstagsgebäude zu verfügen. Die Sozialisten beantragten sofortige Freilassung der verhafteten Kommunisten. Darüber soll am Sonnabend beraten werden.

Die kommunistischen Abgeordneten Rahn und Schmidt, die am Donnerstag im Volkstag verhaftet wurden, werden auf Anordnung des Untersuchungsrichters in Haft gehalten.

Der Schiffsverkehr im Danziger Hafen. In der vergangenen Woche trafen im Hafen von Danzig 59 Schiffe ein, deren Ladung hauptsächlich aus Kohlen, Erz und Heringen bestand. Eines der Schiffe, das französische Panzerschiff „Marie Louise“ brachte Kriegsmaterial für Polen. In derselben Woche verließen 55 Schiffe den Danziger Hafen, vier davon waren mit Holz beladen. Im Laufe der Woche wurde die Ausfuhr von polnischem Holz durch Danzig bedeutend vermehrt, weil eine der letzten polnischen Eisenbahnschwellen nach Polen ausfuhr.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 6. August.

Zum Straßenbahnerstreik.

Eine Klärung der Lage ist immer noch nicht eingetreten. Die Direktion betrachtet nach wie vor die Streikenden als entlassen. Da sie durch ihr ungesetzliches Vorgehen selbst das Dienstverhältnis gelöst haben. Sie ist bereit, die Dienstwilligen neu einzustellen und kündigt dies durch Anzeigen an. Heute und morgen (6. und 7.) werden Anmeldekarten entgegengenommen. Unterdes hat die Streikkommission erklärt, daß die Streikenden die Arbeit unter den drei Bedingungen: 95 M. Stundenlohn, Bergelassung des Personals aller Straßenbahnen und neue Dienstkleidung aufnehmen wollen. Die Direktion kann auf keine Verhandlungen eingehen, ehe die Arbeit aufgenommen und der Schiedsgericht der Lohnkommission gefallen ist.

Reiße — ein Zeichen der Zeit.

Folgende unglaubliche Dinge werden aus Lodz berichtet (Lodzer Freie Presse): Am Sonnabend haben sich die Einwohner des Dorfes Sławka bei Lodz, Gemeinde Sulzfeld, ein Vergehen zuschulden kommen lassen, das ebenso von Habgier, wie von ihrer Reue zeugt. Die 77 Jahre alte Antonina Zielinska aus Lodz, die sich ihren Lebensunterhalt nicht mehr verdienen kann, ging von Dorf zu Dorf und erbettelte sich etwas Kartoffeln. Im Dorfe Antoniew Sławka hielten sie die Bauern an und fragten, was sie im Sack trage. Als einer die Vermutung aussprach, daß die Frau wohl auch zu denjenigen gehöre, die den Bauern die Kartoffeln vom Felde stehlen, stürzte sie sich eine ganze Kiste auf die Kreiße und schlug mit Stöcken auf sie ein, bis die alte Frau sich nicht mehr rühren konnte. Die Unmenschen überließen die halbtote Frau ihrem Schicksal und gingen ruhig fort. Die ganze Nacht hindurch lag die Kreiße im Graben, und erst am nächsten Tage nahm sie ein vorüberfahrender Bauer bis Lodz mit, wo er sie an der Bräuerin Landstraße unweit des jüdischen Friedhofes hinlegte, worauf er davonfuhr. Übergehende benachrichtigten von dem Fund die Unfallrettungsstation, deren Arzt feststellte, daß die alte Frau am ganzen Körper blaue Flecken und an den Händen an mehreren Stellen die Knochen ausge schlagen hatte. Die sterbende Kreiße wurde in das Krankenhaus in der Drewnowskistrasse gebracht. Ein ähnlicher Fall trug sich am Montag im Dorfe Wolskwa bei Lodz zu. Hier überfielen einige mit Spaten und Stöcken bewaffnete Bauern die im Fluß Badenden, die von einem Waderobst nichts wußten, und schlugen in unmenschlicher Weise auf sie ein. Ein gewisser Michal Skap aus dem Dorfe Kocianowice, warf einen Schüler ins Wasser, schlug ihn auf den Kopf und drückte ihn unter Wasser. In seiner Wut warf er einen 10-jährigen anderen Jungen, der in Kleider war, ins Wasser, so daß der Knabe kaum dem Tode des Ertrinkens entging. Die Mißhandlung dauerte 1½ Stunden und hörte erst auf, als ein Polizist aus Wolskwa erschien. — Der Leiter der Unfallrettungsstation Dr. Buntus teilt uns mit, daß die Bauern aus der Umgegend sich ihrer Kranken auf eine sehr bequeme

aber wenig menschliche Art entledigen. Sie bringen die Kranken im Wagen nach Lodz und lassen sie dann in einer beliebigen Straße liegen; die Unfallrettungsstation wird dann von einem plötzlichen Unfall benachrichtigt. Die ärztlichen Behörden werden diese unwürdige Behandlung der Kranken zur Anzeige bringen.

Minister Erzinski und die Abgeordneten. Nächsten Mittwoch, den 10. August soll eine Konferenz des Ministers Dr. Erzinski mit den Abgeordneten des ehemals preussischen Amtes stattfinden.

Besprechungen im Ministerium. Am Donnerstag hat Minister Erzinski nachgekauft Delegierte der Arbeiter- und Handwerkerorganisationen empfangen, um mit ihnen die wirtschaftliche Lage, die durch die Einführung des freien Handels entstanden ist, zu besprechen. Recht eingehend wurden die Preisprobleme erörtert.

Vom deutschen Generalkonsulat. Herr Vizekonsul Dr. Ziemke tritt am 8. d. Mts. einen jährlichen Urlaub an. Bis zur Rückkehr des Herrn Generalkonsuls Dr. Stobbe übernimmt Herr Vizekonsul Walser die Leitung des Konsulats.

Kassierung der Feldpost. Das Pressebureau des Kriegsministeriums macht bekannt: Mit dem 30. Juli 1921 wurden sämtliche Feldpostabteilungen mit Ausnahme der Feldpost 23 und 72 aufgelöst. Die Postsendungen, die bis jetzt für Abteilungen und Militärpostämter an die Feldpost adressiert wurden, sind in Zukunft an die Postämter im Ständort der Abteilungen, zu welchen die Adressaten gehören, zu adressieren. Die Auflösung der Feldpost Nr. 23 und 72 wird in entprechender Zeit bekannt gegeben werden.

Der Butterpreis betrug in der Woche vom 1.—6. August 270—290 M.

Erhöhung der Verkehrsstarke. Das Präsidium des Ministeriums empfiehlt durch Beschluß vom 5. August dem Eisenbahnminister und dem Post- und Telegraphenminister eine Erhöhung des Eisenbahn- und des Posttarifs am 1. September.

Inszenierung, 6. August. Die diesjährige Kreis-Inszenade wird nicht, wie ursprünglich geplant, am 1. September, sondern erst am 6. Oktober d. Js. abgehalten werden. An die einzelnen Mitglieder der Schilde ergibt sich noch besondere Einladung. Das vom Konsistorium in Poznan bestimmte Vortragsthema lautet: „Was kann unter den gegenwärtigen Verhältnissen zur Förderung und Vertiefung des kirchlichen Lebens seitens der Gemeindeglieder in der Einzelgemeinde geschehen?“ — Ein bedeutender Einbruch der Hitze wurde in der Nacht vom Sonnabend zu Sonntag bei dem Pfarrer Rohner in Niesno verrißt. Während die Familie des Pfarrers in den oberen Räumen des Hauses schlief, erbrachen bisher unermittelte Diebe Türen und Fenster der unteren Räume und raubten ein fast neues Fahrrad, sämtliche Wäsche, Anzüge und Schmuckgegenstände im Gesamtwerte von circa 150 000 Mark. Der Schreiber des Pfarrers wurde in den Garten hinausgetragen und hier erbrochen. Wahrscheinlich suchte man nach Gemeindegeldern, die sich glücklicherweise außerhalb des Pfarrhauses befanden. Die Diebe müssen in ihrer Tätigkeit gestört worden sein, da sie größere Silbergegenstände zurückgelassen haben. Leider konnten die Diebe bisher nicht auffindig gemacht werden.

Dirschau, 4. August. In der Stadtverordneten-Sitzung am 30. v. M. wurde die Verstaatlichung des Mädchengymnasiums und Abtretung des Gebäudes und Inventars an den Staat beschlossen, unter der Bedingung, daß der Staat daraus keine Lasten entstehen. Punkt 2 betraf die Erweiterung des hiesigen Elektrizitätswerkes. Bei der letzten Stadtverordneten-Sitzung wurde der Ankauf einer 600 KVA-Dampfmaschine beschlossen, damit das Elektrizitätswerk in die Lage versetzt wird, unabhängig von den Wasserwerken, Stadt und Land dauernd mit Strom zu versorgen. Diese Maschine soll spätestens im Oktober in Betrieb gesetzt werden.

Aus Kongresspolen und Galizien.

Lodz, 4. August. Der Magistrat hat im Einvernehmen mit der Steuerabteilung die städtische Bauabteilung aufgefordert, einen Statutenentwurf auszuarbeiten über die Verpfändung der Bürgersteige und Erhebung einer Steuer von den Hausbesitzern zur Erhaltung der Gehsteige. — Da in Warschau einige Fälle von Choleraerkrankungen vorgekommen sind, hat der Lodzer Magistrat auf Antrag der Gesundheitsabteilung beschlossen, im städtischen Krankenhaus in Radogoszcz einen Pavillon für Choleraerkrankte einzurichten. Die Einrichtungskosten übersteigen die Summe von 300 000 M.

Aus Ostdeutschland.

Berlin, 1. August. Ein arger Mißgeschick traf Personen, die aus den polnischen Gebieten nach hier überfuhren. Sie hatten ihren Hausrat auf einen Möbelwagen geladen und ohne Weiteres wurde er befördert. Schon erwarteten sie hier die dienstliche Meldung des Transportes, als statt dessen die Kunde kam, daß der Wagen nebst Inhalt noch im polnischen Gebiet verbrannt sei. Für die Beteiligten ist dies ein schwerer Verlust, da Versicherung wenig in Frage kommt.

in der Hitze schmelzenden Gletscher der Alpen speisen, nicht ganz so schlimm dran wie die anderen deutschen schiffbaren Ströme, vornehmlich die Elbe, auf der Ende Juli die normale Schiffsahrt in weitgehendem Maße gänzlich eingestellt werden mußte.

Tiefer Wasserstand der Ströme und Dürre auf den Feldern, das ist eine von jeder sich zeigende Parallele zu den gleichzeitig durch Hitze und Trockenheit ausgezeichneten Sommer. In der Regel pflegen daher die durch sehr schlechte sommerliche Verhältnisse der Flüsse bemerkenswerten Jahre wenig erfolgreiche Erntenergebnisse zu zeitigen, oft sogar eine ausgesprochene Misere zu bringen, die in älteren Zeiten oft genug schwere Hungersnot und Verurteilung im Gefolge hatte, ähnlich wie wir es gegenwärtig ansehend in dem auf primitiverer Kulturstufe stehen gebliebenen Rußland, ebenfalls als Folge einer Dürre erleben. Dieser Zusammenhang zwischen schlechtem Wasserstand, Misere und teurer Zeit macht es begreiflich, daß man in zahlreichen Flüssen des deutschen Sprachgebiets die sogenannten „Hungerssteine“ kennt, d. h. große Steine oder Steinplatten, die viele Jahre oder selbst Jahrzehnte ständig vom Wasser überpült sind und die nur in Zeiten großer Sommerdürre sichtbar werden, wenn infolge allzu großer Hitze und Trockenheit eine Misere und Hungersnot bevorsteht. Das Erscheinen solcher Steine bedeutet in der Regel für die Volks-ernährung eine Katastrophe, weshalb man den betreffenden Gebieten auch den Namen „Tränensteine“ beigelegt hat.

Der berühmteste aller Hungerssteine liegt in der Elbe bei Tersch in Ostpreußen. Man hat in ihm seit 300 Jahren die Jahreszahlen eingemeißelt, wann er sichtbar gewesen ist. So findet man auf ihm u. a. die Zahlen 1616, 1636, 1707, 1716, 1790, 1800 und aus den letzten Jahren 1892, 1898, 1904, 1911, denen sich nun fortan auch 1921 anschließen wird. Einen weiteren, besonders eigenartigen Hungersstein, birgt die Götlicher Reize der Grotta, südlich Bittau, er ist nämlich, im Gegensatz zu allen seinen Brüdern, künstlich von Menschenhand gesetzt worden. Es geht dies hervor aus der ersichtlichen Inschrift, die er trägt: „Die mich gesetzt haben, die haben gemeint, und die mich wieder sehen, werden wieder meinen“. Die Menschen von 1921 haben ihn wiedergesehen.

Nur einen menschlichen Verur gibt es, der das Erscheinen der sogenannten Hungerssteine mit Freude begrüßt. Das sind die Winger im Rheingebiet. Dürre Jahre sind in der Regel gute Weinjahre; dieselbe Sonnenglut, die des Bauerns Arbeit verdorren und die Flüsse vertrocknen läßt, gestattet dem Wein, sobald er nur einigermaßen aufgetaut und nicht durch Frühjahrsfröste gelitten hat, wie es in diesem Jahr leider vielfach geschehen ist, zur köstlichen Traube zu reifen. Bei Rheingebiet, im Zentrum des rheinischen Weinbaues, liegt im Rhein gleichfalls ein Stein, der zumeist von den Fluten des Stromes bedeckt ist, und der nur in langjährigen Pausen sichtbar wird, wenn eine große Trockenheit auch den mächtigsten unserer Flüsse eintrocknen läßt. Der genannte Stein

führt den Namen „Weinstein“. Der Name ist aber nicht im selben Sinne wie das scheinbar synonyme Wort „Tränenstein“ zu verstehen, sondern er bezeugt, daß das Sichtbarwerden des „Weinsteins“ einen besonders guten Weinjahrgang ankündigt. Im schroffen Gegensatz zu den wenig frohen Gefühlen, die in anderen Flüssen das Erscheinen der Hungerssteine auslösen, wird daher das Auftauchen des „Weinsteins“ von der umwohnenden Bevölkerung mit Jubel begrüßt, ja, es hat sogar des Öfteren Veranlassung zu einem eigenen Volksfest gegeben. Dies geschah z. B. auch in dem wohl berühmtesten aller Weinjahre, 1811, dem Jahr des großen „Kornentweins“. Auch der neue Elfer, das Produkt des Jahres 1911, wurde durch das Erscheinen des Rheingebietes „Weinsteins“ von vornherein als ein Gelerzeugnis angekündigt. Im laufenden Jahre ist der „Weinstein“ gar schon im Frühjahr sichtbar geworden und wohl auch während des größten Teiles des Sommers nicht wieder in den Fluten verschwunden. Ob auch diesmal wieder ein besonders hochwertiger Wein die Folgeerscheinung sein wird, ist zur Stunde noch nicht zu sagen. Die Frühjahrswitterung mit ihren zeitweise starken Nachfröhen hat manchen Weinbergen übel mitgespielt. Die Juli-Dürre und -Hitze mag freilich den gereizten Reben sehr wohl getan haben. Das Gedeihen des Weines freilich kann uns niemals auch nur annähernd für die gleichzeitig in der Landwirtschaft angerichteten Verwüstungen entschädigen, gegenwärtig weniger denn je, wo die Mehrzahl der prächtigen Erzeugnisse unserer Weinberge doch nur für Schieber und Franzosen heranreist.

Zum Schluß dürfte es interessieren, zu hören, was gelegentlich aus alten Zeiten über eigenartige Dürrewirkungen besonders trockener Sommer in deutschen Ländern und Flüssen berichtet wird. Die früheste derartige Nachricht stammt vom Jahre 70 n. Chr. In diesem Jahre trocknete der Rhein derart ein, daß er nach dem Zeugnis des Tacitus selbst von den damaligen nur sehr kleinen Fahrzeugen nicht benutzt werden konnte. Auffällig ist, daß besonders schwere Dürre Zeiten nach dem übereinstimmenden Zeugnis zahlreicher Chroniken sich oftmals über zwei oder drei aufeinanderfolgende Jahre erstrecken. Gruppen von Dürrejahren, besonders verhängnisvoller Art erstreckten sich z. B. über die Jahre 676—678, 987—989, 999—1000, 1113—1114, 1248—1249, 1538—1549, 1716 bis 1719. Die größte Hitze und Dürre fiel, soweit es sich ohne zahlenmäßige Unterlage beurteilen läßt, auf die Jahre 1000, 1387, 1473 und 1540, während das heißeste Jahr des 19. Jahrhunderts ungewisselhaft das Jahr 1834 war, daneben anscheinend noch das Jahr 1860. Selbst größere Flüsse trockneten gelegentlich in vermerkwürdigem Umfang aus, wobei freilich zu berücksichtigen ist, daß in den unregelmäßig strömenden der Wasserstand ebendiesem viel geringer gewesen sein muß, als heute, wo die Fürsorge für die Schiffsahrt dazu geführt hat, die Hauptwasserläufe ständig in einem verhältnismäßig schmalen und dafür umso tieferen Bett zu konzentrieren. Immerhin sind die Überlieferungen beachtenswert.

wonach z. B. im „großen Sommer“ 1387 der Rhein bei Köln oder am 15. Oktober 1114 die Rheine in London oder im großen Dürrejahr 1478 die Donau bei Budapest durchnatet werden konnte. Im Sommer 1158 gelang es Kaiser Barbarossa sogar, sein ganzes Heer mit allem Zubehör über den eingetrockneten Po hinüberzuführen, ohne daß eine Brücke oder ein Schiff benutzt zu werden brauchte. Ein besonders großer Tiefstand der Donau im Jahre 1135 gab ferner Veranlassung, die Fundamente für die berühmte, noch heute benutzte steinerne Regensburgbrücke über den Fluß anzubringen.

Weiter wird berichtet, 1176 habe es in Böhmen von Ostern bis zum Laurentiusfest am 10. August überhaupt nicht geregnet. Derartige Angaben darf man nun zwar erfahrungsgemäß nie ganz streng wörtlich nehmen, aber die Dürre muß doch schwer gewesen sein, denn die Heuernte mißriet völlig. In dem ganz besonders dürren Sommer 1478 soll es in weiten Teilen Mitteleuropas vom 4. Juli bis 29. September überhaupt nicht geregnet haben, was ebenfalls nicht ganz wörtlich genommen werden darf. Von dem schon erwähnten „großen Sommer“ 1387 wird erzählt, es sei in der Schweiz vom 28. Februar bis zum 19. September nur sechs mal Regen gefallen.

Immerhin dürfen wir überzeugt sein, daß die großen Dürre- und Hitzejahre der letzten Jahrzehnte sich von den rühmlichen Vorfahren ältester Zeit nicht allzu erheblich unterscheiden. Als höchste in Deutschland beobachtete Schattentemperatur des 18. Jahrhunderts wird uns z. B. 20½—30 Grad Reaumur angegeben. Das ist sicherlich recht viel, aber auch in neuerer Zeit nicht ohne Beispiel. In den über 200jährigen, sehr zuverlässigen Berliner Temperaturbeobachtungsreihen treten uns als absolut höchste Wärmegrade 30 Grad Reaumur bis 37½ Grad Celsius am 4. Juli 1781 und zu Anfang 1819 entgegen, während sich in neuerer Zeit die Temperatur-Extreme auf 37 Grad Celsius am 20. Juli 1865 und im 20. Jahrhundert auf 38½ am 1. Juli 1905 stellten. Diese Werte sind sämtlich in den letzten Jahrzehnten an anderen Stellen Deutschlands übertroffen worden. Die höchsten, zuverlässig festgestellten Temperaturextreme in Deutschland liegen in äußerster Ausnahme zwischen 38 und 40 Grad Celsius im Schatten. Nur drei derartige hohe Werte sind freilich bisher einwandfrei festgestellt worden, nämlich 39,8 Grad am 19. August 1892 in Amberg (Bayern), 39,3 Grad am 20. Juli 1911 zu Landschut i. V. und 39,9 Grad, als deutscher Wärmerekord, am 23. Juli 1911 in Genua.

Derartige Hitzegrade dürften im gegenwärtigen Jahr bisher nicht erreicht worden sein (sicheres hierüber wird sich freilich erst in einigen Monaten aussagen lassen). Die seit Herbst 1920, wenn auch mit Unterbrechungen, herrschende Dürre dürfte jedoch zu den großartigen und verhängnisvollsten derartigen Witterungsercheinungen gehören, die Deutschland in den letzten Jahren betroffen haben.

Vertreter für die Provinz Posen: Fritz Kühne, jetzig. Inh. Szezakowski i Trendowicz, Poznań, Przechylica Nr. 6. — Vertreter für Pommern: T. Joachimezyk, Grunzladz, Toruńska Nr. 27/29, Telefon 301.

Pazifismus.

Sieben Jahre ist's her, da klang das Wort: „Krieg, Krieg“ an unser seit mehr als einem Menschenalter solcher Klänge ungewohntes Ohr. Und ob auch längst der Krieg ein Ende gefunden, die durch ihm empörten Vögel im Völkermeer können noch nicht zur Ruhe kommen und immer raucht es wieder auf, hier und da, und die Sehnsucht wird immer größer: Wann wird einmal Friede sein? Wir verstehen, wenn bei dieser Lage der Dinge der Pazifismus, der die Beseitigung des Krieges überhaupt auf seine Fahne geschrieben hat, Jünger in zunehmender Maße wirbt.

Wer möchte nicht wünschen, daß die Zeit der Kriege ein für allemal vorbei sein möchte? Und sie wird vorbei sein in dem Augenblick, in dem die Sünde nicht mehr sein wird, kein Eigennutz, kein Machtgier, kein Neid, keine harte Notwendigkeit des Einen, gegen den Angriff eines Andern sich seiner Haut zu wehren. Bis dahin — und Jesus hört in fernster Zukunft die Welt widerhallen von Krieg und Kriessgeheiß — haben Jesu Jünger den Beruf, zwischen den kämpfenden Menschen und Mächten zu stehen als Friedensstifter. Denn wörtlich heißt Jesu Selbstoppreisung: Selig sind die Friedensstifter. Das ist sein Pazifismus.

Man braucht nicht in die große Welt der Politik zu gehen, um nach Gelegenheiten zur Verwirklichung dieser Seligpreisung zu suchen. Jeder Tag bietet sie. Da sind Zank und Zwist zwischen Mann und Frau, zwischen Eltern und Kindern, zwischen Geschwistern und Miterben, da sind Prozesse zwischen Nachbarn, da ist Streit der Parteien, da ist erbitterter Kampf der Konkurrenten — kurz wohin man sieht, ist Mangel an Frieden. Die Menschen sollen doch nicht glauben, daß sie den Weltfrieden schaffen werden, so lange sie selber unter sich im tausendfachen Unfrieden leben!

Da liegt die Aufgabe derer, die Gottes Kinder heißen wollen: Nennen sie ihren Gott einen Gott des Friedens, glauben sie an die Weihnachtsgeschichte vom Frieden auf Erden, nun wohl, hier ist tausendfache Möglichkeit. Dies Weihnachtprogramm auszuführen und Del auf die Bogen zu gießen, damit sie sich glätten. Dann kommt auch einmal die Stunde, da Friede werden kann zwischen den Völkern. Aber den machen Menschen nicht mit ihren Kongressen, den schenkt nur Einer, der Friedensfürst Jesus Christus. D. Blau-Posen.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 6. August.

Versammlung der Staatsbeamten.

Am Freitag fand im Zoologischen Garten die angekündigte Versammlung der Staatsbeamten statt, die sich zur Verbesserung der Lage dieser Beamten beschäftigte. Die Versammlung leitete der Präsident des Verbandes, Herr Kapalski. Er berichtete auf Grund der Verhandlungen beim Minister Erzysiński, daß die Versammlung noch nicht über die Mittel entscheiden konnte, die angewendet werden sollen, um die Regierung zur Annahme der Forderungen der Beamten zu zwingen. Es wurde über Lohn- und Entschädigungsfragen debattiert, besonders über nicht gelieferte Deputate.

Besprochen wurde auch die Aufnahme der Delegation durch Minister Erzysiński, wobei sich einzelne Redner sehr scharf gegen den Minister aussprachen. Der Vorsitzende mahnte zur Ruhe, worauf ein früherer Professor des Magdalengymnasiums den Minister in Schutz nahm. Er wurde aber ständig durch Zwischenrufe gestört, so daß der Vorsitzende sich gezwungen sah, die Versammlung zu schließen.

Die Ausgabe von Auslandsreisen. Nach neuer Verordnung erhalten Männer von 18 bis 35 Jahren aus der Grenzgegend ohne Erlaubnis der Aushebungskommission keine Auslandsreisen. Das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten teilt mit, daß die Ausgabe von Emigrationspässen auf unbestimmte Zeit eingestellt wurde. Dagegen können solche Pässe Bürger des ehem. russischen Staates unter bestimmten Bedingungen erhalten.

Einrichtung der Produktion. Aus der Fabrik der Aktien-Gesellschaft D. Segelstoll sollen in letzter Zeit 334 Arbeiter entlassen worden sein. Dies ist geschehen, weil sowohl die Militär- als auch die Eisenbahnverwaltung ihre Bestellungen zurückgezogen haben. Die

Konzert Berthold Pusch.

Ein deutscher Sänger! — Wann haben wir hier zuletzt einen gehört? — Lang, lang ist's her! Daß der Hunger nach solcher Kost groß ist, bewies am Freitagabend der gefüllte Vereinsaal, wo Herr Berthold Pusch einen eigenen Lärm- und Wiederabend veranstaltete. Der Konzertgeber war für Posen eine neue Erscheinung. Auch einer von denen, die sein Konzert am Freitag besuchen, wird bedauert haben, diese Bekanntheit gemacht zu haben. Herr Pusch ist im Besitz eines reichen, klangvollen, ausgezeichnet durchgeübten Baritons von ausgesprochen lyrischem Charakter. Die Färbung seines Organs gemahnt zuweilen etwas an den Wiener Meisterfänger Fritz Steiner. Von besonderem Reiz ist sein warmes Piano. Nicht sehr ergiebig ist seine Tiefe. Daher hätte der Sänger solche Sachen wie das Lied des Lorenzo aus Bizets „Carmen“ nicht auf sein Programm setzen sollen. Dafür fehlt ihm auch das Gekörnte, Durchschlagende, sieghaft Selbenthafte. Einen großen Genuß bot Herr Pusch seinen Zuhörern mit einer italienischen Arie von Lotti, dem Lied an den Abendstern aus Wagners „Lohengrin“, das er sehr fein und frei von effekthaschender Sentimentalität vortrug. Fiedern von Weingartner und Hugo Wolf und Köves Vellade „Tom der Reimer“. Daß die im Programm angekündigten Lieder von Schubert und Richard Strauß weggelassen, hat ein großer Teil der Zuhörer lebhaft bedauert. Als Zugabe sang Herr Pusch „Sehe, siehen oder ach!“ von Ignaz Brüll, ein Lied, das zu der geschmackvollen Zusammenstellung des vorher von ihm Gesungenen zweifellos nicht paßt.

Eine sehr wertvolle Hilfe hatte der Konzertgeber in dem hier schon bekannten Bomberger Pianisten Prof. Carl Bergmann, der sowohl als Solist (er spielte Beethoven, Schumann und Wagner-Liszt) wie auch als Begleiter seine stark verinnerlichte, poetische Art zu musizieren bewährte. In der dem Sänger oft fühlbar unbehaglichen tiefen Lage hätte eine etwas gekämpftere Begleitung hier und da die Wirkung gehoben.

Außer dem Sänger und dem Pianisten trat auch ein Rezitator auf: Herr Hilbig-Edelhof, ein feiner Mittelstimmer, routinierter Vortragskünstler, dessen Darbietungen freilich nicht alle in den Rahmen eines Konzertes paßten, das künstlerisch bewertet werden soll. Sie waren auch um so überflüssiger, als das musikalische Programm durchaus lang genug, beinahe zu lang war. Die bedauerlicherweise gestrichenen Lieder von Franz Schubert und Richard Strauß wären eine wertvollere und flügelreichere Bereicherung des Programms gewesen als diese Rezitationen.

Nachdem die Produktion einschränkt muß. Es besteht die Möglichkeit, daß auch andere Industriezweige in dieselbe Lage kommen. Das alles ist die Folge der Verteuerung der notwendigen Lebensmittel, die wiederum ein Steigen der Arbeitslöhne verheißt.

X Taschendiebstahl. Während der Beamtenversammlung, die vorgestern im Zoologischen Garten stattfand, verübte ein gewisser Franziska Andrejczak aus Lodz einem Beamten die goldene Uhr aus der Tasche zu ziehen. Dank der Wachsamkeit der Umstehenden gelang es, den Diebstahl zu vereiteln und den Täter festzunehmen. — Aus dem Bahnhof wurde gestern ebenfalls ein gewisser Herr Bolecki aus Lodz verhaftet, der den Versuch machte, einem Herrn die Brieftasche zu stehlen. Bei seiner Vernehmung gab er an, daß er nach Posen gekommen sei, um Arbeit zu suchen. Da ihm dies nicht gelungen ist, so verlegte er sich auf den Taschendiebstahl und stahl während seines Verweilens in Posen einem Juden und einem aus dem Bahnhof nachhause gehenden Soldaten die Brieftaschen. Bei dem gestrigen Versuch hatte er leider das Pech, erwischt zu werden. Der Verhaftete ist 24 Jahre alt.

X Diebstahl durch ein offenes Fenster. Die öffentliche Sicherheit ist jetzt so groß, daß die Diebe ungenützt durch geöffnete Fenster klettern können. In der ul. Wroniecka 9 (Wronieckier) wurden durch ein geöffnetes Fenster 1 blaues Sakko, 1 goldene Kette und ein Trauring gestohlen. Kadel und Trauring tragen das Zeichen K. II. und der Ring noch das Datum des 22. 1. 21.

X Das Komitee der nationalen Verteidigung. Donnerstagabend 6 Uhr hielt das Komitee der nationalen Verteidigung eine außerordentliche Versammlung im Saale des Hotels Rom ab. Der Sekretär des Komitees, Dr. Krzyżanowski, berichtete über die bisherige Tätigkeit des Vereins. Darauf sprach Abgeordneter Meisner über die Ziele der Vereinigung in der gegenwärtigen schwierigen Lage. Nach längerer Diskussion schloß der Vorsitzende die Versammlung mit Mickiewicz'schen Versen über die Liebe zum Vaterland.

Ein neues Theater in Posen. Es hat sich ein „Verein von Freunden des nationalen Theaters in Posen“ gebildet. Die Aufgabe des Vereins ist, in den breitesten Volksschichten die Liebe zum Theater zu wecken und im besonderen eine nationale Bühne in Posen zu gründen, die Aufführungen zu möglichst niedrigen Preisen veranstalten soll. Die Eröffnung der „nationalen Bühne“ soll Mitte September erfolgen, und zwar im „Teatr wosiedlny“, das erst umgebaut werden muß, damit die Akustik besser wird. Die Direktion übernimmt Herr Dzybisowski. Das Departement für Kultur und Kunst des Ministeriums für den ehem. preussischen Anteil hat seine Hilfe in Aussicht gestellt.

Frühverkäufe. Die älteste und größte Maschinenfabrik am Plage, sowie Warenlager, Grundstücke und Bänderien in Lawica verkaufte der Fabrikbesitzer Herr Kommerzienrat Max Kuhl durch Vermittlung des Güterkommissions-Firma Max Levy-Posen an die Aktiengesellschaft Agraria. Der Gründer der Gesellschaft ist der Prof. Dr. Leonard Glabiz auf Schloß Szreniawa Kreis Posen-West. Die Übergabe hat stattgefunden.

Eine Mutter von heute. Heute früh gegen 7 Uhr wurde auf der zum Keller führenden Treppe des Hauses Aleja Chopina 4 (früher Kirchbachallee) ein Kind männlichen Geschlechts, etwa 14 Tage alt, lebend aufgefunden. Es wurde dem Säuglingsheim am plac Sapiezynski (früher Sapiehoplatz) überwiesen.

X Verschwunden sind: die am 6. Oktober 1906 zu Rüstingen geborene Helena Dulin, die ihr Elternhaus in der Talstraße 2 am 28. Juli verlassen hat. Das Mädchen ist 1,65 m groß, blond, trug bei ihrem Fortgehen ein weißes Kleid, schwarzen Hut und schwarze Schnürstiefel; der am 28. März 1906 in Posen gebürtige Józef Lusiak, der am 1. August die elterliche Wohnung in der Margaretenstraße 3 verlassen hat und bis heute noch nicht zurückgekehrt ist. Er ist 1,68 m groß, trug dunkelgrauen Anzug braunen Hut und schwarze Stiefel. Die Farbe des Haares ist dunkel. Vermißt wird auch der am 28. Mai 1849 geborene Arbeiter Jan Buncik. Er arbeitete in der Waffenfabrik in der Großen Gerberstraße und wohnte in der Friedensstraße. Es wird vermutet, daß ihm ein Unfall zugefallen sei.

Am 4. August. Ein größeres Schadenfeuer hat das Prospektviertel Großdorf bereits zum zweiten Male betroffen. Das Feuer war durch rucklose Hände an drei Stellen auf einmal angelegt und hat in verheerender Weise gewütet. Es wurden Wirtschaftsgebäude, eine Scheune, ein Schuppen und ein Maschinen-schuppen sowie ein großer Teil der landwirtschaftlichen Geräte und Maschinen in den Flammen. Gleichzeitig zerstörte das Feuer ein Feld mit Hafer auf dem Gelände. Wenn auch der Pächter, Herr von Strzykowski, die Objekte gegen Brandschaden versichert hat, so ist ihm doch ein beträchtlicher Schaden entstanden. — Im nahen Wójnowice brannte einer der der Herrschaft gehörenden großen Koggen-scheuer vollständig ab, ehe die Feuerwehr dem Brande Einhalt tun konnte. Ob hier Brandstiftung vorliegt, konnte bisher nicht festgestellt werden. Es läuft hier das Gerücht um, daß noch mehrere Brandstiftungen beabsichtigt sind; alle Vorkehrungsmaßregeln sind getroffen. Von den Verbrechen fehlt bis jetzt jede Spur.

Wollstein, 4. August. Ein bedauernder Unglücksfall ereignete sich am Sonnabend. Der einzige, 9-jährige Sohn der Kreiswittwe Palo spielte mit mehreren Knaben in der Sandgrube von

Flieger und Kramarek. Während die anderen Kinder zum Baden gingen, verweilte P., noch dort und ist vermutlich von herabfallenden Sandmassen verschüttet worden, so daß der Erstickungstod eintrat. — Mittwoch mittags um 2 Uhr wurde die freiwillige Feuerwehr durch ein Großfeuer in Wroniamy alarmiert. Bei der großen Hitze und dem Winde griff die Feuer schnell um sich. Infolge Wassermangel konnten auch die massiven Wohnhäuser nicht gerettet werden. Es verbrannten fünf Wohnhäuser nebst den dazu gehörigen Scheunen und Stallungen. Da der größte Teil der neuen Ernte schon eingebracht war, ist der Schaden ziemlich bedeutend. Der Brand soll durch Funkenwurf aus dem Backofen entstanden sein. An dem Rettungswerk beteiligten sich 11 Spritzen.

* Thorn, 3. August. Die Schülerzahl des Thorner Gymnasiums beträgt nach dem Stande vom 1. Juli 205 Köpfe deutscher Nationalität. Wie verlautet, hat die Warschauer Regierung die Gründung eines deutschen Gymnasiums in Thorn mit einem deutschen Direktor an der Spitze gebilligt. Dasselbe soll mit dem Gr. u. d. Gymnasium vereinigt werden und die Räume der alten 1. Gemeindeschule in der Baderstraße neben dem Landgericht überwiegen erhalten.

Aus Kongresspolen und Galizien.

* Warschau, 4. August. Am Sonnabend wurde in Warschau der 4. Kongress der Eisenbahner-Vereine eröffnet, an dem etwa 300 Delegierte teilnahmen. Diese wurden vom Eisenbahnministerium und Arbeitsministerium, sowie durch Vertreter der sozialistischen Partei, der nationalen Arbeiterpartei und der kommunistischen Partei begrüßt. Der Kongress dieser etwa 90 000 Eisenbahner umschließenden Verbände wird dadurch interessant, daß er heftige Kämpfe zwischen Sozialisten und Kommunisten um die Führung unter den Eisenbahnern bringen wird. Wie der letzte Streik beweist, haben die Kommunisten gerade unter den Transportarbeitern erheblich an Boden gewonnen. Unter den zum Kongress erschienenen Delegierten sind freilich die Stimmen infolge des Wahlsystems so verteilt, daß die Sozialisten nahezu die Hälfte der Stimmen haben, während sich die andere Hälfte auf die Kommunisten und die nationalen Arbeiter verteilen. Immerhin war die radikale Opposition so stark, daß die üblichen Präsidiumswahlen am ersten Tage nicht durchgeführt werden konnten.

Neues vom Tage.

Die Hitze in Süddeutschland. Seit Dienstag nimmt die Hitze in Süddeutschland wieder einen tropischen Charakter an. In der Rheinebene wurden, einem Privattelegramm aus Karlsruhe zufolge, nachmittags 33 Grad im Schatten registriert. Dabei hält die Dürre und Trockenheit ununterbrochen an und nirgends fällt auch nur ein Tropfen Regen, so daß sich die Ernteaussichten täglich verschlechtern.

Eine Rübenplage. Im Sekretariat des Stadttheaters in Frankfurt a. O. erschien am Freitag, dem 29. Juli, ein junger Mann von etwa Anfang der Zwanziger, der sich als Schauspieler vorstellte und erklärte, er sei am Deutschen Opernhaus in Charlottenburg angestellt und beabsichtige, in Frankfurt zwei Gastspiele zu geben. Diese sollten am 2. und 3. August stattfinden. Da der Theaterdirektor Piorowski verreist war, bewies die Sekretärin den Fremden an Stadtbaurat Schwailo. Stadtbaurat Schwailo eröffnete ihm, daß er selbst keine Erlaubnis geben könne und der Fremde sich an Direktor Piorowski telegraphisch wenden möchte. Im Sekretariat zurückgekehrt, eröffnete der „Schauspieler“ der Sekretärin, daß er die Erlaubnis erhalten und sich mit Direktor Piorowski in Verbindung gesetzt habe. Am Sonnabend war er abermals bei Stadtbaurat Schwailo. Im Theaterbureau ließ er sich Billets für zwei Tage ausbändigen, die er im Steuerbureau absteampeln ließ. Nachdem er den Theaterassistenten erhalten hatte, verkaufte er am Sonntag und Montag Eintrittskarten bei größtem Andrang zu dem Einheitspreis von 5 Mark an das Publikum. Die Sekretärin machte brieflich am Sonnabend Direktor Piorowski Mitteilung von dem Gastspiel, worauf am Montag ein Antworttelegramm von dem Direktor eintraf, in dem er seinem Erlaunen Ausdruck gab. Die Sekretärin ließ jedoch das Telegramm auf dem Tische liegen, da ihre Mitteilungen gerade herangefommen war, und verließ das Theater, nachdem sie dem Fremden den Theaterschlüssel gegeben und ihn gebeten hatte, das Haus beim Verlassen zu schließen. Am Montag abend kam Frau Direktor Piorowski, die ebenfalls verreist war, nach Frankfurt zurück und eilte Dienstag früh, erstaunt über die ausstehenden Billets, ins Theater, wo sie das Telegramm ihres Mannes und eine verschlossene Kasse vorfand. Als der Fremde um 11 Uhr noch nicht erschienen war, erlitt sie die Kriminalpolizei Meldung. Doch ist der Fremde bis heute spurlos verschwunden, es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, wer er ist. Den Kassen- und Theaterschlüssel hat er mit sich genommen. Er dürfte etwa einen „Verdienst“ von 5000 Mark gehabt haben. Nach der Anzahl der am Dienstag abend auf die Öffnung des Theaters Wartenden zu schließen, hat er ausverkauft Häuser gehabt. Sein Aussehen soll etwa folgendes sein: 1,60 Meter groß, dunkles, volles, langes Haar, hohe Stirn, dunkelbraune Augen, gebogene Augenbrauen, eine ziemlich große, gerade-linige Nase.

ist ein Vortrags des Syndikus der Industrie- und Handelskammer in Posen, Dr. Michał Lisicki, das die Bemühungen dieser Kammer um die Organisation der großpolnischen Industrie schildert.

Technische und volkswirtschaftliche Literatur.

Der 7. Jahrgang des Jahrbuches der Technik (Frankische Verlagshandlung in Stuttgart 1921, Preis gebunden 18 M., geb. 28 M.) kommt wie seine Vorgänger dem starken Verlangen unserer Tage nach volkswirtschaftlicher technischer Literatur entgegen. Wie in den früheren Bänden des Jahrbuches, so sind auch hier die wichtigsten Gebiete — Bergbau und Hüttenwesen, Eisenindustrie, Elektrotechnik, Kraftwerke, Eisenbahnen, Luftverkehr, Schiffsbau, Maschinen, Metalle — sowohl in besonderen Abhandlungen als auch in Rundschauartikeln berücksichtigt. Außerdem sind eine Menge einzelner Erfahrungen und Erfindungen aus den verschiedensten Gebieten beschrieben. Der Band ist ein vortreffliches Orientierungsmittel für jeden Gebildeten, aber auch der Techniker und Ingenieur, der sich über sein eigenes Fachgebiet hinaus über die Fortschritte der gesamten Technik und der mit ihr zusammenhängenden Gebiete menschlicher Tätigkeit unterrichten will, wird in dem Buche manches Wissenswerte finden. Die volkswirtschaftliche Seite der Technik und ihre Bedeutung in dem Gesamtleben der Gegenwart ist in weitem Maße berücksichtigt.

Przemysł Wielkopolski, opracował L. A. Fiedler, inżynier. 3 przedmowa Dr. Michała Lisickiego, Syndyka Izby Przemysłowo-Handlowej w Poznaniu. Dieses im Verlag der Druckfirma Kosielski in Posen vor kurzem erschienene Werk beginnt mit einer allgemeinen Darstellung des wirtschaftlichen und geographischen Charakters Großpolens, widmet je ein Kapitel der Gesamtentwicklung der landwirtschaftlichen Verhältnisse und der Entwicklung und Lage der Industrie in diesem Lande und führt dann in zwölf Kapiteln die einzelnen Industriezweige Großpolens, ihre Entwicklung und ihre bisherigen Leistungen vor. In dem mit Unterzügen der Industrie- und Handelskammer in Posen herausgegebenen Buch ist ein reiches und, wie es scheint, zuverlässiges Material verarbeitet, das um so wertvoller ist, als ja im allgemeinen über die in unserem Landesteil vorhandenen Industriezweige und ihre Bedeutung selbst bei den Bewohnern dieses Landes vielfach recht unklare Vorstellungen herrschen. Der Wert des Buches wird erhöht durch 12 Kartenzeichnungen, die die Verbreitung der einzelnen Industrien in den Kreisen Großpolens veranschaulichen und 28 statistische Tabellen mit Zahlen der in den einzelnen Industriezweigen Beschäftigten. Die Hauptquelle dieses Zahlenmaterials ist Band 218 der Statistik des Deutschen Reiches (Gewerbl. Betriebsstatistik). Vorausgeschickt

Bunte Zeitung.

Eine Auswanderungstragödie. Von einer Auswanderungstragödie, die manchen Auswanderern zur Lehre dienen möge, berichtet die „Schwab. Volkspresse“ in Temesvár: „In Klopodia, rumänisches Banat, erhängte sich vor kurzem die 54-jährige Frau Peter Reichert. Das Ehepaar Reichert hatte zwei Söhne. Der eine, Michael, 25 Jahre alt, verheiratet; der andere, 18 Jahre alt. Beide Söhne, der ältere mit seiner Frau, wurden vom Auswanderungswahn befallen. Sie konnten sich die teuren Reisekosten nach Amerika nur so verschaffen, daß sie ihre 7 Joch Feld verkauften. Nun machten sich diese drei auf den Weg und kamen anstandslos bis Triest. Als sie den Dampfer besteigen wollten, zeigte sich, daß ihre Papiere nicht in Ordnung waren; so mußten sie zurückbleiben. Die Rückreise wollten sie aber nicht antreten, sondern wandten sich an ihre in Amerika lebende Schwester, um die fehlenden Papiere zu erhalten. Es verging lange Zeit, ohne daß die Papiere eintrafen. Während dieser Zeit wurde dem Ehepaar ein Kind geboren, was mit ziemlich großen Ausgaben verbunden war. Auch Quartier und Verpflegung waren natürlich mit Kosten verbunden. Der Eriß ihrer 7 Joch Feld wurde von Tag zu Tag weniger und die Reisekosten für drei Personen nach Amerika konnten bald nicht mehr gedeckt werden. Hilferufe an die amerikanische Schwester wegen der nötigen Papiere und des noch nötigeren Geldes blieben ergebnislos. Die Schwester konnte nicht helfen. In ihrer letzten Verzweiflung erbaten sie telegraphisch von den Eltern in Klopodia Geld. Aber auch die Eltern konnten nicht helfen. Die Mutter war darüber derart erbittert, daß sie sich erhängte. Als die Söhne ohne alle Hoffnung, nach Amerika auszuwandern zu können, heimkehrten, lag die Mutter auf der Bahre.“ Dieses Begebnis zeigt aufs neue, wie Auswanderungspläne nicht sorgfältig genug vorbereitet werden können, und wie wichtig es ist, daß Auswanderer vor ihrer Ausreise die öffentlichen Auswandererberatungsstellen nutzen.

China sucht Lehrfilme. Einheimische Lehrer aus dem Nordwesten Chinas erbitten von allen Ländern Europas Angebote von sogenannten Lehr- und Industriefilmen, die sie zu Unterrichtszwecken benötigen. Die Texte müssen dazu natürlich in chinesischer Sprache geliefert werden.

Wirtschaftszeitung des Posener Tageblatts.

Börsenwochenbericht.

Die schwache Erholung der polnischen Markt, die zu Beginn der Berichtswache einsetzte, konnte sich leider nicht behaupten. Der Berliner Polenmarkt-Kurs, der zeitweilig einen Stand von 4,57 für polnische Noten aufweisen konnte, gab bis 4,10 für Noten nach, während Auszahlung Warschau in Danzig am Wochenabschluss mit 4,80 gehandelt wurde. Der Dollarkurs in Berlin, der am Wochenanfang einen Höchststand von 82,20 verzeichnete, mußte sich im Laufe der Woche eine Abschwächung bis 80,5 gefallen lassen.

Die Kursbewegungen der polnischen und ausländischen Waputa hatten auf die Tendenz der Posener Börse keinen sichtbaren Einfluß. Der Verkehr an der Posener Börse hand nach wie vor unter dem Zeichen der Geldknappheit. Da bei den ungeklärten Ausfuhrverhältnissen für Getreide und der damit verbundenen Unsicherheit der Getreidepreise der Landwirt mit dem Verkauf der diesjährigen Ernte vorläufig wartet, konnte auch die Belegung des Posener Effektenverkehrs noch nicht einsehen, die man von dem durch den Verkauf der Ernte erfolgenden Flüssigwerden der größeren Geldsummen erwartet. Es ist aber wohl anzunehmen, daß die Ernte nach Klärung der Preise nur teilweise abgesetzt werden wird, und somit ein plötzliches Aufhören der bestehenden Geldknappheit kaum eintreten dürfte.

Die Kurse der an der Posener Börse gehandelten Effekten gingen daher langsam auf der ganzen Linie weiter zurück. Von festverzinslichen Posener Werten wurden einmalig 4proz. Posener Pfandbriefe mit 280 v. S. notiert.

Auf dem Bankaktienmarkt gelangten Bank Związków Aktien, die jetzt ohne Dividende, aber nachgekauft gehandelt werden, mit 240, Bank Handlowy mit 340 und Bank Ziemski mit 265 zur Notiz.

Von den offiziell notierten Industriepapieren verzeichneten Parafarm 1. bis 4. Em. einen Kurs von 200, 5. Em. 165. Cegielski Maschinen gingen von 255 auf 230 zurück. Carl Hartwig 1. bis 3. Em. notierten einmalig 305, während 4. Em. von 395 auf 380 nachgaben. Gurtownia Związkowa sahen mit 150 ein, konnten sich jedoch auf 160 erholen. Dr. Roman May zogen nach einem Rückgang auf 525 wieder auf 540 an, während Patrycja Zigaretten bis auf 360 nachgaben. Poznańska Spółka Przemysłowa notierten bei geringen Umsätzen 1575 bis 1590.

Auf dem Markt der nicht offiziell notierten Papiere behaupteten Bank Poznański ihren Kurs von 210, während Bank Przemysłowa von 235 auf 230 zurückgingen. Ceres Bank, Lejno, notierte einmalig 200. Ebenso kamen Gurtownia Drogeryjna nur einmal mit 190 zur Notiz. Freizogen von 160 auf 170 an. Wytownia Chemiczna notierten 250. Drzewo Bronki notierten einmalig 270, ebenso Wisła 590. Herzfeld und Victorius gaben von 355 auf 325 nach, Benki Maschinen mußten ebenfalls einen Rückgang auf 385 bei Angebot verzeichnen. Orient Zigaretten konnten sich von 195 auf 200 erholen, blieben jedoch angeboten, während Sarmatia Zigaretten von 420 auf 410 zurückgingen. Blawat Polski notierten einmalig 300. Flanina gingen von 345 auf 340 zurück. Papierna gaben ebenfalls von 350 auf 240 nach, auch konnten Pneumatik ihren Kurs von 165 nicht behaupten. Zi notierten einmalig 200 bei Angebot. Caubed gingen von 175 auf 165 zurück.

Von den im Freiverkehr gehandelten Werten fanden Umsätze in größeren Mengen nur in Hartwig Kantorowicz statt, die einen Kurs von 540 bei Beginn der Berichtswache erzielten, im Laufe der Woche jedoch mit 525 angeboten waren.

Die neue polnische Zwangsanleihe.

Das Gesetz vom 10. Juli 1920 ermächtigte die Regierung zur Einführung einer Zwangsanleihe, zu welcher jetzt zwei Ausführungsverordnungen der Regierung vorliegen, die wahrscheinlich vom Sejm angenommen werden.

Der Zwangsanleihe unterliegen alle physischen Personen, juristische Personen, Genossenschaften usw. Frei von der Anleihe sind der Staat, Selbstverwaltungen, Personen, deren Vermögen 100 000 M. nicht übersteigt, sowie Personen, deren jährliches Einkommen 36 000 M. nicht übersteigt.

Bei einem Vermögen von 100 000 M. kommt der niedrigste Satz einer Anleihe von 2000 M. in Frage. Die übrigen Sätze richten sich nach folgenden Stufen:

Von einem Vermögen	Anleihe	Von einem Vermögen	Anleihe
200 000 M.	5 300 M. 1 1/2 Millionen M.	96 000 M.	168 000 M.
300 000 M.	8 000 M. 2 Millionen M.	168 000 M.	260 000 M.
400 000 M.	12 600 M. 2 1/2 Millionen M.	260 000 M.	372 000 M.
500 000 M.	16 500 M. 3 Millionen M.	372 000 M.	504 000 M.
600 000 M.	20 800 M. 3 1/2 Millionen M.	504 000 M.	656 000 M.
700 000 M.	25 500 M. 4 Millionen M.	656 000 M.	828 000 M.
800 000 M.	30 600 M. 4 1/2 Millionen M.	828 000 M.	1 000 000 M.
900 000 M.	36 100 M. 5 Millionen M.	1 000 000 M.	
1 Million M.	44 000 M.		

über 5 Millionen Mark 20 v. S. des Wertes des Vermögens.

Bei einem jährlichen Einkommen von 36 000 M. beträgt die Anleihequote 1000 M. Die übrigen Sätze richten sich nach folgender Skala:

Bei jährl. Einkom. von	Anleihe	Bei jährl. Einkom. von	Anleihe
50 000 M.	2 100 M. 500 000 M.	115 000 M.	152 700 M.
100 000 M.	7 200 M. 600 000 M.	152 700 M.	198 700 M.
200 000 M.	24 200 M. 700 000 M.	198 700 M.	250 700 M.
300 000 M.	34 400 M. 800 000 M.	250 700 M.	308 700 M.
400 000 M.	75 000 M. 900 000 M.	308 700 M.	

Bei einer Million Mark und höher 30 v. S. des jährlichen Einkommens.

Die Höhe des Vermögens bzw. der Einnahmen richten sich nach dem Stande von 1920.

Die Verordnung des Finanzministeriums steht im besonderen folgende Multiplikatoren vor:

1. Im früher russischen Teilgebiet:
 - a) bei Zahlern von Grund- und Gebäudesteuern Multiplikator 24,
 - b) Steuerzahler von städtischen Immobilien Multiplikator 48,
 - c) Steuerzahler von gewerblichen Anlagen Multiplikator 6,
 - d) Zahler von Hypothekensteuern Multiplikator 6.
2. Im früher österreichischen Teilgebiet:
 - a) bei Grund- und Gewerbe- (Klassen-) Steuer Multiplikator 25,
 - b) bei Gebäude- (Zins-) Steuer Multiplikator 20,
 - c) bei der allgemeinen und besonderen Erwerbsteuer Multiplikator 18 bzw. 5,
 - d) bei Rentensteuer Multiplikator 25.

Für das früher preussische Teilgebiet sind die Multiplikatoren auch nicht festgelegt.

Binnen 60 Tagen nach Einbringung der entsprechenden Anforderung durch das Finanzamt muß man:

1. entweder bei der Schatzkammer oder dem Steueramt nachweisen das Bestehen der entsprechenden Prozentsätze langfristigen inneren Anleihe vom Jahre 1920 oder der speziell für die Zwangsanleihe ausgegebenen Prozentsätze Staatsrente vom Jahre 1921,
2. oder auch erworbene Obligationen der Prozentsätze Staatsrente in Höhe der in der Aufforderung enthaltenen Summe, und zwar gegen bar oder gegen Schatzanweisungen oder gegen Obligationen der Prozentsätze kurzfristigen inneren Staatsanleihe.

Handelsnachrichten aus Polen.

= Freier Handel mit Kohlen in Polen. Der polnische Minister hat die Einführung des freien Handels mit Kohlen jeder Art beschlossen. Als Freigabetermin hat der erste Oktober für das gesamte Staatsgebiet zu gelten. Hinsichtlich der Ein- und Ausfuhr werden besondere Bestimmungen rechtzeitig bekannt gegeben.

= Gründung einer Bromberger Fabrik für elektrische Lampen. In Bromberg ist von einer Amerikanisch-Polnischen Gesellschaft mit einem Einlagekapital von 24 Millionen poln. Mark ein Unternehmen gegründet worden, dessen Gegenstand die Herstellung elektrischer Lampen und Beleuchtungskörper ist. Die Gesellschaft, die sich „Ampol“ nennt, ist die erste polnische Fabrik für diese Gegenstände.

= Schätzung der diesjährigen polnischen Zuckerproduktion. Die Zuckerproduktion der laufenden Kampagne wird, dem polnischen Floß zufolge, auf circa 210 000 Tonnen geschätzt, wovon auf das ehemalige preussische Gebiet circa 180 000 Tonnen entfallen. Da der gesamte Inlandsbedarf gleich 140 000 Tonnen angenommen wird, hofft man circa 70 000 Tonnen zur Verfügung für die Ausfuhr zu haben.

Handelsnachrichten aus dem Ausland.

= Die Ausfuhr russischen Holzes. Je größer das Bedürfnis Russlands ist, sich am Weltmarkt wieder zu beteiligen, um so dringender erscheint die Forderung, das russische Holz auf den Markt zu werfen. Namentlich in Archangel sind größere Holzmassen aufgestapelt, die das Interesse zahlreicher Holzhändler erregen. In England scheint man sich der Hoffnung hinzugeben, größere Partien dieser Holz zu erwerben, um sich von der Holzimport aus Schweden unabhängiger zu machen.

= Goldimporte in die Vereinigten Staaten. In dem mit dem 30. Juni 1921 abgelaufenen Jahr sind insgesamt 513 Mill. Doll. in Gold in die Vereinigten Staaten eingeführt worden gegen 316 Mill. Doll. im Jahre 1919/20.

Kurzer Wochenbericht.

Der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats für die letzte Juliwoche.

Überall haben wir eine Woche schärferer Hitze und Dürre hinter uns, und die einzelnen Gewitterregen der letzten Tage hatten für die allgemeine Situation keine Bedeutung. Die Besorgnisse wegen der Kartoffeln nehmen auf den leichteren Böden bereits besorglichen Charakter an, und es zeigen sich für die Frucht auch auf besserem Boden erhebliche Befürchtungen. Die Preise für Getreide sind stark im Steigen und betragen zuletzt am Berliner Markt, wo sie seit dem Beginn der amtlichen Ermittlungen nicht mehr notiert werden, für gutes und trockenes Getreide 42—46 M. für den Ztr., für gute gesunde und trockene Ware 50 bis 55 M., während für Kleben in den sechziger Mark bezahlt wurde. — Im Getreidegeschäft erfolgen diesmal recht umfangreiche Umsätze. Für Weizen war es die Millerei des ganzen Landes, die mit Anschaffung von Ware auf sofortige oder spätere Lieferung drängte, weil die Nachfrage für Weizenmehl überall von vornherein sehr fräftig eingeleitet hatte und mit jedem Tage größeren Umfang annahm. Die Preise zogen um etwa 20—22 M. für den Zentner seit vor acht Tagen an, womit indessen ungefähr der Weltmarktpreis erreicht wurde. — Für Roggen war das Geschäft unregelmäßig. Der Absatz von Roggenmehl entsprach durchaus nicht den Erwartungen, so daß die anfänglichen Forderungen für Roggenmehl merklich ermäßigt werden mußten und die Mühlen, ebenso wie die Händler, Schaden erlitten. Das prägte sich auch in den Preisen des Roggens aus, die ihren anfänglichen Stand besonders für nahe Ware um etwa 6—7 Mark für den Zentner ermäßigten.

Getreidenotierungen in Mark je Tonne umgerechnet zu dem jeweiligen Wechselkurs. Die Zahlen in Klammern geben in Mark das Steigen (+) bzw. Sinken (—) der Preise im Vergleich zur Vorwoche an. Chicago, 26. Juli. Weizen-Juli 2613 (+ 123), Weizen-September 3599 (+ 88), Mais-Juli 1991 (+ 84), Mais-September 1901 (+ 53). Berlin, 28. Juli. (Frühmarkt.) Mais-Mixed loco frei Wagen 155 Mark, Futtermais 165—167 Mark, Weizen 145 Mark, Wintergerste 190 Mark.

Kartoffelpreise der Notierungskommissionen. Erzeugerpreise für Speisefertigwaren in Mark je Zentner ab Verladestation: Berlin, 26. Juli. Neue Kartoffeln 50—55. Magdeburg, 28. Juli. Weiße 55—60, rote 50—55. Hamburg, 25. Juli. Rotfleischige 45—50, weißfleischige, weißfleischige 55—60, gelbfleischige 65—70. Markt. Stettin, 28. Juli. Frühkartoffeln weiße 50, rote 45. Markt. Hannover, 27. Juli. Rosen 45—50, andere neue Speisefertigwaren 55—65 Mark.

Schlachtviehpreise in Deutschland.

(in Mark je Zentner Lebendgewicht):				
	Kühe	Kälber	Schafe	Schweine
Berlin 27.	300—730	500—1400	200—575	1100—1425
Magdeburg 26.	250—750	400—800	350—650	1000—1450
Dresden 27.	200—650	450—750	200—650	1000—1100
Hannover 25.	210—750	550—800	300—500	1000—1325
Hamburg 21. 26.	150—660	375—1000	260—550	900—1325
Dortmund 25.	300—825	400—850	300—650	1100—1350
Elberfeld 25.	350—825	600—1200	200—500	1000—1400
Frankf. a. M. 25.	250—800	500—800	—	1000—1375
Köln a. Rh. 25.	300—875	450—1300	270—500	1000—1350
München 22.	200—650	380—650	—	1100—1375

Ämtliche Notierungen der Getreidebörse (Gleidy Zbozowej) in Polen vom 5. August 1921.

(Die Preise verstehen sich für 50 Kg. bei sofortiger Lieferung.)	
Geradella	—
Futterlupinen	—
Saatlupinen	—
Weizen	3500—3600—3800
Roggen	2700—2900—3100
Wintergerste	2200—2300—2500
Saurobener	—
Gartenbohnen	—
Senf	—
Hanf	—
Buchweizen	—
Haar	—
Stroh	—
Rümmel	—
Leinfamen	—
Wintererbsen	4500—4600—4800
Selber Erbsen	—
Winter Erbsen	—
Weizen Erbsen	—
Roggen Erbsen	1800—2000
*) Ohne Handel.	
Wollgaras	—
Dymotex	—
Alagras	—
Infantalklee	—
reife Futtererbsen	—
Zuckererbsen ger.	—
Kanfeln	—
Zuckererbsen gewöhnl.	—
— 30—35%	—
Stroffens	—
Frühkartoffeln	850—900
Stroh: Getreidestroh lose	—
— gepreßt	—
(Sommer-)	—
— lose	—
— gepreßt	600—700
— lose	800—850
— gepreßt	—
— gepreßt	—

Berliner Börsenbericht vom 5. August

Diskonto-Komm.-Anteile	262.75	3 % Böi. Pfandbriefe	—
Deutsche u. Nordde	663.75	Auszahlung Warschau	4.05
Hartmann Maschinen	438.75	Polnische Noten	4.12
Phobus	935	Kriegsschuld	9.50
Caro	293	Dollar	81.12
Stadt	510.25	Englische Pfund	29.50
Scheidemandel	720	Sulden	2435
Poln. Pfandbriefe	—	Schweizer Franken	1342.50
Pol. Pfandbriefe	—		

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	6. August	5. August
4% Posener Pfandbriefe (alte).	—	—
3% „ „ Buchst. A u. B	—	—
3 1/2% „ „ ohne Buchst.	—	—
3 1/2% „ „ Buchst. C	—	—
4% „ „ Buchst. O u. E	—	—
4% „ „ (neue)	—	—
4% „ „ (neue) mit poln. Stempel	125 + A	—
4% Pos. Pfandbriefe	—	—
4% Pos. Provinzialobligationen	—	—
3 1/2% Posener Prov.-Pfandbriefe	—	—
5 1/2% Obl. Cegielski	120 + N	—
6% Schuldcheine der Bank Kredy. Hypot. Warszawa	—	—
Bank Związków I—VII em. unget.	—	240 + A
Bank Związków VIII em. (ungest.)	—	240 + A
Bank Związków IX em. (ungest.)	—	240 + A
Bank Handlowy, Poznań I—VII	340 + A	340 + A
VIII	310 + A	340 + A
Bank Handlowy, Warszawa	—	—
Bank Dowl. Węg.-Hongk. I—IV	—	—
Amiceci, Poczta i Ska	440 + A	—
Bank Ziemian	265 + N	—
Bank Ziemski	205 + N	200 + N
N. Parafarm I—IV em.	168 + N	—
N. Parafarm V em.	330 + N	—
Centrala Stór	530 + A	—
Lubian	580 + N	540 +
Dr. Roman May	360 + N	360
Patrycja	1550 + A	—
Poznańska Spółka Przemysłowa (exkl. Kup.)	—	395 + A
C. Hartwig I—II em.	370 + A	—
C. Hartwig IV em.	220 + N	230 + A
Cegielski I—VI em.	220 + N	230 + A
Cegielski VII em.	160 N	160 + N
Gurtownia Związkowa	275 + A	—
Włotno	—	—
Unoffizielle Kurse:		
4 1/2% poln. Pfandbriefe	—	—
4 1/2% poln. Pfandbriefe (abgest.)	—	—
Bank Centralny I—III	210 + N	—
Bank Poznański I. Em.	245—250 + N	235 + N
Bank Przemysłowców	—	—
Poznań, Bank Ziemian (exkl. Kup.)	—	—
Ceres, Lejno	—	—
Bank Zjednoczenia	—	190 +
Gurtownia Drogeryjna (exkl. Kup.)	160 +	—
Wytownia Chemiczna	—	165 + A
Wytownia Ceramiczna	—	—
Drzewo Bronki	—	—
Wisła	—	—
Arcona	—	—
Przeski Auto (exkl. Kup.)	—	—
Wagon Orlowo	—	—
Wytownia Maszyn Młynskich	460 + A	—
Herzfeld Viktorius	320 + A	330—325 + A
Benki	385 + N	—
Orient	—	200 + A
Sarmatia	—	410 + A
Skawat	300 + A	300 + N
Dom Konfekcyjny	—	—
Estanina	—	—
Centrala Rolników	—	—
Papiernia Wodogój	—	240 + A
Trze	—	—
Hurt. Spółka Spozimowa	—	—
Sierakowska Kopalnia Węgla	—	—
Wiel	—	—
Wiel	—	—
Plac. Cegielski. Aug. Grad	160 + A	—
Pneumatik	—	—

Verantwortlicher Schriftführer: Dr. Wilhelm Loeventhal; für den Anzeigen: M. Grundmann, Druck und Verlag des Posener Tagesblattes und Verlagsanstalt T. A., Druck in Poznań.

Bankgeschäft Smoszewski & Oelsner
: Kommanditgesellschaft :
Berlin W 50, Tauentzienstr. 14
Telegramm-Adresse: „Ostkommandite“,
Telephon-Amt: Steinplatz 4824—4825.
Kommanditiert von der Ostbank für
Handel und Gewerbe, Königsberg i. Pr.
Ausführung aller bankgeschäftlichen Transaktionen,
insbesondere Pflege des Verkehrs nach dem Osten.
Verzinsung von Einlagen, Uebernahme
von Vermögensverwaltungen.

Kleine und große Wirtschaften
werden sofort für gleichzeitige Käufer aus Amerika und Deutschland gesucht. Die Zahlung kann auf Wunsch auch in Deutschland reguliert werden. Offerten mit Preisangabe sofort erbeten an
[2376]
P. Rutkowski, ulica Śniadeckich 1.
Wohnungen
1 Zimmerwohnung in Berlin gegen 1—2 Zimmer in Polen
Bijanowski (Włda), ul. sw. Czesława 1 II (mit),
Sobowiar.
[2378]
Wohnungstausch
1—3 Zimmer Essen—
Poznań oder Umgebung.
Kauf bei Janowska,
ul. Sirzelecka (H. Schöner-
traube 11, Hof links 3 Tr.
[2379]
Höherer Beamter, Deutsch-
land sucht feineres, möbl.
Zimmer in deutschem
Land. Off. u. 2379 a. d.
Geschäfts- u. H. erbeten.
[2380]
Höherer Beamter, Deutsch-
land sucht feineres, möbl.
Zimmer in deutschem
Land. Off. u. 2379 a. d.
Geschäfts- u. H. erbeten.
[2381]
Höherer Beamter, Deutsch-
land sucht feineres, möbl.
Zimmer in deutschem
Land. Off. u. 2379 a. d.
Geschäfts- u. H. erbeten.
[2382]